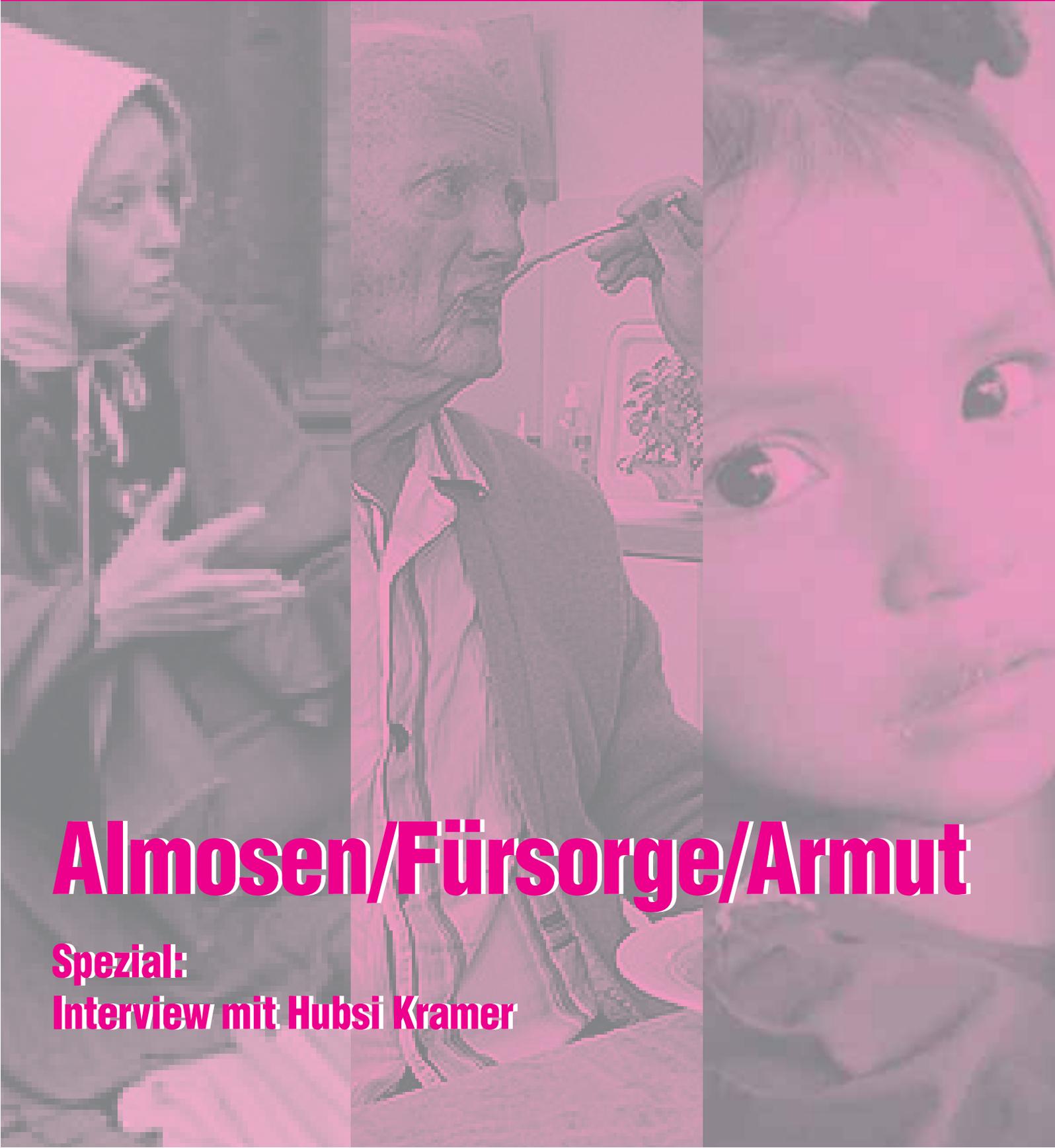


Ausgabe 3/06

Sio

Sozialarbeit in Oesterreich

Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung und Politik



Almosen/Fürsorge/Armut

Spezial:
Interview mit Hubsj Kramer

Standards	Titel	Themen	News
Editorial <i>Seite 2</i>	Kein Auskommen <i>Martin Schenk</i> <i>Seite 10-12</i>	Das Unterstützungsangebot der Arbeitsassistenz <i>DSA Stefan Grasser</i> <i>Seite 25-28</i>	Bundestagung der SozialarbeiterInnen <i>Seite 4-5</i>
Impressum <i>Seite 2</i>	Üble Nachrede <i>Dr. Werner Vogt</i> <i>Seite 13-15</i>	"Wonderful 2" Obdachlose machen Ferien <i>DSA Katrin Pollinger</i> <i>Seite 29-30</i>	Veranstaltungen - Termine <i>Seite 9</i>
Magazin <i>Seite 6-8</i>	Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in Österreich <i>Dr. Karin Heitzmann, MSc.</i> <i>Seite 16-18</i>	SozialarbeiterInnen: Selbstständig tätig in der Sozialen Arbeit <i>DSA Klaus Wögerer</i> <i>Seite 31-32</i>	Bücher <i>Seite 39</i>
	Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf den "aktivierenden Sozialstaat"? <i>Mag. DSA Elisabeth Hammer</i> <i>Seite 19-21</i>	Vergleichende Soziale Arbeit am Beispiel Frauenhandel <i>Prof. (FH) Dr. Brigitta Zierer</i> <i>Seite 33-38</i>	
	Bettlerdebatten als Spiegelbild des Umgangs mit Armut <i>Mag. Robert Buggler</i> <i>Seite 22-24</i>		

Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Vor der Wahl wurde von den VertreterInnen der ehemaligen Bundesregierung bei jeder Gelegenheit betont, wie „gut“ es den ÖsterreicherInnen gehe und dass eigentlich kein Grund zum „Raunzen“ besteht. Menschen, die sich mit Menschen beschäftigen, sehen dies mitunter ein wenig anders:

„1.030.000 Menschen, 13,2 Prozent der Bevölkerung sind in Österreich armutsgefährdet, d.h. ihr Monatseinkommen ist niedriger als 848 Euro. 461.000 Menschen sind tatsächlich arm. Diese Menschen haben über einen längeren Zeitraum ein niedriges Einkommen und sind auf

Grund ihrer finanziellen Situation von vielen Lebensbereichen ausgeschlossen. Krankmachende Wohnverhältnisse, Zahlungsrückstände, reduzierte Bildungschancen etc. manifestieren ihre Armut“, stellte Christian Winkler von der bischöflichen Arbeitslosenstiftung im Rahmen einer Pressekonferenz (19.9.06) gemeinsam mit der Arbeiterkammer Oberösterreich fest.

Sehr viele dieser Menschen sind KlientInnen in der Sozialen Arbeit und wir haben wohl auch die Aufgabe, die Situation, Anliegen und Probleme dieser Menschen an die verantwortlichen Stellen zu transportieren. Die Bundestagung vom 23.10. - 25.10.2006 zum Thema „menschenwürde statt almosen“ stellt zweifellos eine geeignete Möglichkeit dar, auch die notwendige Publizität zu erhalten. Nützen wir diese Gelegenheit!!

DSA Mag. FH Roland Fürst
SIÖ-Chefredakteur

Impressum

Sozialarbeit in Oesterreich (SIO): Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik, seit 1966; Erscheinungsort 1060 Wien, Verlagspostamt 7210 Mattersburg, Auflage: 3.500 Stück, Druck u. Versand Fa. Wograndl Bernd, Neubaugasse 14, 7210 Mattersburg

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger: Oesterreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen - obds, A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, www.sozialarbeit.at, ZVR: 275736079

Redaktion: DSA Roland Fürst, DSA Gabriele Hardwiger-Bartz, DSA Mag.Rudi Rögner, DSA Manfred Tauchner, E-mail: redaktion@sozialarbeit.at

Gestaltung: Werbeagentur Thomas Pirker-Reiner, Bad Sauerbrunn, E-mail: thomas.reiner@aon.at

Sekretariat, Anzeigen, Abonnenten-Service: Sozialarbeit in Oesterreich, 1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, Claudia Mehwald, Tel. 01/587 46 56-11; Fax: 01/587 46 56-10; Mo-Do 9-14 Uhr, E-Mail: sekretariat@sozialarbeit.at. Anzeigen können auch auf unserer Homepage veröffentlicht werden. Wir senden gerne die aktuelle Anzeigenpreisliste zu.

Erscheinung, Preise, Abonnements: SIO erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 5,70; Jahresabonnement € 18,17 (zzgl. Versand). Abbestellungen bis drei Monate vor Jahresende. Das Abo ist für Mitglieder einer Landesgruppe des OBDS kostenlos.

Information: Über zugesandte Manuskripte freut sich die Redaktion, behält sich aber vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.



Berufskollege Heinrich Schmid feierte im Kreise seiner Familie erst kürzlich seinen 80-igsten Geburtstag. Heinrich Schmid war von 1979 bis 1984 Vorsitzender des OBDS und engagierte sich für die Anliegen in der Sozialen Arbeit. Das Foto zeigt Heinrich Schmis im Kreise seiner Familie. Der OBDS und das SIÖ-Team gratulieren recht herzlich und wünschen alles Gute.



**MUT ZUM MÖGLICHEN!
ARMUT IST VERMEIDBAR.**
Wie ökonomische Mythen wirken. Warum soziale Alternativen realisierbar sind. Publikation zur 6. Österreichischen Armutskonferenz, EUR 12.-, (+ EUR 3.- Versand) zu bestellen unter: www.armut.at oder 01/ 402 69 44

Erratum

In der letzten Ausgabe der SIÖ unterliefen uns zwei Fehler. Auf der der Seite 20 - 21 wurde der Artikel von DSA Barbara Radar irrtümlich als „Pflicht oder Kür - Gibt es einen sozialpädagogischen Auftrag für SozialarbeiterInnen“ betitelt. Es handelt es sich natürlich um einen „sozialpolitischen Auftrag“.

Auf der Bücherseite zeigten wir bei Johannes Schillings „Didaktik/Methodik Sozialer Arbeit“ leider ein falsches Cover. Hier nun das richtige Cover.

Die Redaktion entschuldigt sich bei der Autorin und beim Verlag!



Johannes Schilling

Didaktik/Methodik Sozialer Arbeit

4. überarbeitete Auflage

2005, UTB, Ernst Reinhardt Verlag, München, 287 Seiten,
Euro 19,90, ISBN 3-8252-8311-9

Ein sehr gelungenes Buch! Obwohl es sich um ein Arbeits- bzw. Lehrbuch handelt, ist es sehr anregend, spannend, übersichtlich, sehr gut zu lesen und regt zum Mitdenken und Mitarbeiten an (wie es eigentlich jedes Arbeitsbuch tun sollte...!).

LESERBRIEF

Liebe KollegInnen!

Auf Seite zwei/drei („Ausbildung leider wieder dreijährig“) schreiben Sie, dass “die anderen Standorte 2007 folgen” werden.

Korrektur: Der Diplomstudiengang Soziale Arbeit der FH-Salzburg hat auf weitere fünf Jahre für einen “FH-Diplomstudiengang Soziale Arbeit” im Rahmen des Verlängerungsantrags angesucht und diesen genehmigt erhalten. Daher wird es in Salzburg auch weiterhin Magister/Magistra (FH) für sozialwissenschaftliche Berufe geben. Bitte um Kenntnisnahme - Karl Wilhelmstätter



bundestagung der sozialarbeiterInnen menschenwürde statt almsen

23 - 25. oktober 2006

www.menschenwuerde.at



programm:

sonntag, 22. Oktober 2006

21:00 Uhr Kamingespräch mit Bischof Erwin Kräutler, Brasilien über pastorale Sozialarbeit mit IndianerInnen am Xingú (Amazonas)

montag, 23. Oktober 2006

10:00 Uhr: Eröffnung
10:30 Uhr: Univ.-Prof. Dr. Peter Gstettner (Universität Klagenfurt):
Die eingeschlossenen Ausgeschlossenen.
Zum gesellschaftlichen Umgang mit Fremdheit
11:15 Uhr Dr. Peter Malina (Universität Wien):
Ausgrenzen, kontrollieren, selektieren:
Der österreichische Anteil an der „Schwarzen Fürsorge“
im Nationalsozialismus
12:00 – 12:30 Anfragen an die ReferentInnen
12:30 – 14:00 Mittagspause
14:00 Uhr DSA Rosa Logar (Interventionsstelle gegen Gewalt, Wien)
„Frauenrechte sind Menschenrechte –
Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession“
15:00 Uhr Podiumsdiskussion
18:00 Uhr Eröffnung der Wanderausstellung: KOVČEK | DER KOFFER
19:00 Uhr Empfang durch LH-Stv. Drin. Gaby Schaunig
BM Ferdinand Vouk

Moderation:

Dr.ⁱⁿ Susanne Dermutz, Universität Klagenfurt

dienstag, 24. Oktober 2006

09:30 Uhr: Feierliche Enthüllung des Denkmals für die Opfer der Fürsorge im Nationalsozialismus
10:00 – 12:30 Arbeitskreise zu den Handlungsfeldern der Sozialarbeit
12:30 – 14:00 Mittagspause
14:00 – 16:00 Fortsetzung der Arbeitskreise
16:30 Uhr: Forumtheater
17:30 Uhr Generalversammlung des OBDS (nur für Mitglieder)
20:30 Uhr Fest

mittwoch, 25. Oktober 2006

9:30 – 11:00 Plenum und Präsentation der Ergebnisse der Arbeitskreise in Anwesenheit von PressevertreterInnen
11:30 – 12:15 Schlussreferat: Univ.-Prof. Dr. Klaus Ottomeyer
Sozialarbeit der Zukunft
13:00 Uhr Tagungsschluss

donnerstag, 26. Oktober 2006

Tagungsausklang: Wanderung „Über die Grenzen“

AK 1: „...denn Rechte setzen sich nicht von selber durch!“

Leitung: DSA Mag. Dr. Monika Vyslouzil

(Fachbereichsleitung Sachwalterschaft, Verein für SACHwalterschaft & PATIENTENanwaltschaft)

Verantwortung und Haftung prägen den Arbeitsalltag von SachwalterInnen. Personensorge im Sinne des Gesetzes steht oft im Widerspruch zu den Erwartungen der sozialen Umwelten. Was bedeutet es für eine Person, eine/n SachwalterIn zu bekommen?

AK 2: Fürsorge bis zur Entmündigung oder Freiheit bis zur Verwahrlosung?

Leitung: DSA Manfred Siebenhofer

(Pro Mente Kärnten Tageszentrum)

Die gegenwärtige österreichische und internationale Entwicklung im Bereich der Psychiatrie ist Gegenstand des AKs. Betroffene arbeiten als ExpertInnen im Arbeitskreis mit.

AK 3: Gutes Leben ist würdiges Leben im Alter. Nur: Was ist gutes Leben?

Leitung: Dr. Werner Vogt

(Pflegeombudsmann, Wien)

Die Pflegeombudsstelle Wien nimmt Beschwerden über Missstände im Pflegebereich entgegen. Wir erheben die Beschwerdegründe. Unser Arbeitsmittel ist die Intervention, wobei wir mit allen Beteiligten eine Lösung des Problems suchen. Darüber hinaus erarbeiten wir Vorschläge für die Politik, da wir durch unsere Arbeit auch strukturelle Mängel wahrnehmen.

AK 4: Den Armutskreislauf durchbrechen, um in Würde leben zu können!

Leitung: DSA Erich Fenninger

(Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich)



In Österreich leben mehr als 460.000 Menschen in Armut, unter ihnen 114.000 Kinder und Jugendliche. Alleinerziehende Frauen sind besonders armutsgefährdet, ebenso kinderreiche Familien, Eltern von chronisch kranken oder behinderten Kindern und Menschen mit Migrationshintergrund.

AK 5: Die Würde der KlientInnen und fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern - heute - morgen

Leitung: Mag. Josef Bakic (Pädagoge), **Dipl.-Soz.-Wiss. Marc Diebäcker** (Politikwissenschaftler), **DSA Mag Elisabeth Hammer** (Ökonomin und Sozialarbeiterin), **Mag. Gudrun Wolfgruber** (Historikerin)

Um den Herausforderungen für die in der Sozialarbeit Tätigen zu begegnen, gewinnt die Frage nach fachlichem sozialarbeiterischen Handeln in der KlientInnen-Arbeit eine neue Brisanz (Stichworte: „Hilfsbedürftige“, „Ko-ProduzentInnen“, „KundInnen“, „Fälle“). Dabei ist die Diskussion und Konkretisierung fachlicher Standards unerlässlich, um qualitativ hochwertiges Handeln zu gewährleisten und die Würde der KlientInnen zu sicherzustellen.

AK 6: Frauenrechte sind Menschenrechte – Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession

Leitung: DSA Rosa Logar (Geschäftsführerin der Interventionsstelle gegen Gewalt)

Gewalt an Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftspolitisches Problem und steht in Zusammenhang mit struktureller Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen in einer noch immer männlich dominierten Gesellschaft.

AK 7: Achtung! Kinder haben Recht(e)!

Leitung: Mag. Barbara Erlebner-Swann, DSA Cornelia Grünwald (Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg)

Als Grundlage dient die Kinderrechtskonvention. Wir erarbeiten in unserem Arbeitskreis das Spannungsverhältnis zwischen der Wahrung der Würde der KlientInnen und der Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften (z.B. Anzeigepflicht). Workshop mit Gruppenarbeiten zu Fallbeispielen

AK 8: Kindeswohl und/oder Elternrechte

Leitung: DSA Michaela Telesklav (Amt für Jugend und Familie), **Dr. Evelyn Simonitsch-Kanduth** (Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters)

In der Jugendwohlfahrt arbeiten wir nicht immer mit der Freiwilligkeit der KlientInnen. Kindeswohl ist gesetzlicher Auftrag. „Wer aber weiß, was dem Kind WOHL tut?“ – die Eltern, die LehrerInnen, die SozialarbeiterInnen, die RichterInnen, ÄrztInnen, PsychologInnen ...? Anhand von konkreten Fallbeispielen möchten wir erarbeiten, wie wir trotz Feststellung der Kindeswohlgefährdung würdevoll sowohl mit den Kindern als auch deren Bezugspersonen umgehen können.

AK 9: Suchtkrankheit und Schuld – eine hochexplosive Mischung

AK-Leitung: DSA Ernst Nagelschmied (Leiter der Suchtberatung, Drogenberatung, Alkoholberatung, Spielsuchtberatung und Streetwork am Magistrat Klagenfurt)

Anhand von Fallbeispielen soll die Problematik der Sucht und ihre Wechselwirkung mit der Gesellschaft erarbeitet werden. Innerhalb des Arbeitskreises wird ein niederschwelliges Arbeitsprojekt im Streetwork-Bereich vorgestellt.

AK 10: Theater schafft Forum

Leitung: DSA Mag. Elisabeth Heidegger-Tölderer (Neustart), **Martina Rauter** (Mädchenzentrum)

Der Workshop stellt die Methode des Forumtheaters als einen Bereich des Theaters der Unterdrückten nach Augusto Boal vor. Der Arbeitskreis bietet die Möglichkeit für die TeilnehmerInnen gemeinsam mit KlientInnen die Methode selbst zu erproben.

AK 11: Menschenwürde heißt auch: sozialkonstruktiver Umgang mit Kriminalität

Leitung: DSA Marko Rosenberg (Geschäftsführer Neustart Österreich)

Menschenwürde bedeutet Tätern wie Opfern Strategien zu vermitteln, wie sie sich aus Rollenzuschreibungen erfolgreich emanzipieren können. Armut als Kriminalitätsrisiko kann nicht durch Almosen kom-

pensiert werden. Eine effiziente Sozialpolitik wäre die beste Kriminalpolitik.

AK 12: Die Würde der KlientInnen im Umgang mit der Exekutive

Leitung: Prof. (FH) DSA Dr. Karl Dvorak (Leiter des FH-Studiengangs Sozialarbeit St. Pölten)

Der Arbeitskreis befasst sich mit der Frage der Menschenwürde der KlientInnen im Umgang mit der Sicherheitsexekutive. Die Polizei versteht sich als größte und wichtigste Menschenrechtsorganisation. Dennoch werden ihr immer wieder Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt. Gelingt es der Polizei, die Menschenwürde zu respektieren?

AK 13: Ausgegrenzten Menschen Würde zumuten

Leitung: Mag. Maria-Andreas Weissbacher (Missionsschwester)

Thema des Arbeitskreises sind die konkreten Einsatzfelder meiner Mitschwester in der Behindertenarbeit in Südkorea, in der Arbeit mit entwurzelten IndianerInnen in Toronto und in einer Aidskampagne in Südafrika. Dazu ergänzend meine Erfahrungen im jahrelangen Engagement für Entwicklungszusammenarbeit in Kärnten.

AK 14: Die Würde der KlientInnen in der Ausbildung zur SozialarbeiterIn

Leitung: Prof. (FH) DSA Dr. Barbara Bittner (Leiterin des FH-Studiengangs Sozialarbeit in Wien)

Ist Menschenwürde lehr- und lernbar? Inwiefern soll und kann dieses Thema Platz in einer Ausbildung für SozialarbeiterInnen haben? Welche Herausforderung sind damit inhaltlich im Rahmen des Studienplans zu bewältigen, welche Rahmenbedingungen darüber hinaus noch notwendig, um diesem Thema einen adäquaten Raum zu geben? Der Arbeitskreis versteht sich als Plattform für einen Austausch zu diesen Themen zwischen Studierenden, Lehrenden und PraktikerInnen der Sozialarbeit.

Eine ausführliche Beschreibung der Tagung finden Sie unter www.menschenwuerde.at

MagazinMagazinMagazinMagazinMagazin

Bachelor- und Masterabschlüsse in Deutschland

Die Forderung der Bologna-Deklaration nach einer Einführung eines eigenen Bachelor-Studienabschlusses ist für das deutsche Hochschulsystem ebenso neu wie für das österreichische. Da die Ausbildung in der Sozialen Arbeit aber bereits seit den 70er Jahren als achtsemestriges Studium an einer Fachhochschule geführt wird, kommt die Reform nicht so rasch daher wie bei uns. Auch der Bachelor-Abschluss soll nach den InitiatorInnen der Reform bereits zu einer Berufsausübung befähigen. Und deshalb bekämpfte der obds diese Reform, da nun wieder viele DiplomsozialarbeiterInnen nur eine dreijährige Ausbildung absolvieren werden.

Der DBSH, deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit, sieht die Sache ein wenig anders, er begrüßt grundsätzlich die Reform. Geschätzt wird die Möglichkeit der Promotion nach dem Master-Studiengang. Zugleich bringe die Reform eine Teilung des Studiums in Module und dies erleichtere den Wechsel der Studierenden zwischen den Hochschulen und erlaube einen besseren Vergleich der Hochschulen untereinander. Kritisiert wird, dass nur für 20-30 % der frisch gebackenen Bachelors ein Platz in einem Master-Studiengang zur Verfügung steht. Wer hier leer ausgeht, bleibe weiterhin auf den privaten Markt, wo ein Studiengang bis zu 15.000 € kostet, angewiesen.

Der DBSH fordert, dass die Bachelor-Studiengänge bundesweit einheitlich gestaltet sein müssen und eine generelle Berufs-

befähigung ohne Spezialisierungen enthalten sollen. Geht es nach dem DBSH, braucht man 7 Semester für den Bachelor-Abschluss und 3 für jenen zum Master.

Betont wird die Notwendigkeit der staatlichen Anerkennung als Diplom-SozialarbeiterIn/-pädagogin. Diese soll durch eine eigene Prüfung nach einer einjährigen Berufspraxis auf gesetzlicher Basis erteilt werden.

Während in Österreich im September 2006 und teilweise 2007 mit Bachelor-Studiengängen begonnen wird, geht die Salzburger Fachhochschule einen eigenen Weg. Die derzeitige Form des achtsemestrigen Diplom-Studiengangs, der mit dem Magister/a-Titel abschließt, wird noch 5 Jahre weiter bestehen bleiben.

Quelle: ForumSozial 3/2006)

Kidsaid steht vor dem Aus

Ende der 90er Jahre wurde die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMFs) immer größer. Die MAG ELF, das Wiener Jugendamt, fühlte sich nur bedingt zuständig, und so gründeten SozialarbeiterInnen und RechtsfürsorgerInnen aus dieser Abteilung den Verein **Kidsaid**, der Beratung, Treffpunkte, Bildungs- und Freizeitaktivitäten für die UMFs organisierte. Finanziert wurde dies durch städtische Subventionen und private Spenden.

Eine positive Änderung ergab sich durch die Einführung der Grundversorgung im Mai 2004, einer § 15a-Vereinbarung von Bund und Länder über die Versorgung von AsylwerberInnen und Fremden in Österreich. Neben Verpflegung,

Unterkunft und Krankenhilfe ist hier auch für alle Minderjährigen die Ermöglichung schulischer Bildung vorgesehen.

Zugleich nahm im Lauf der Jahre die Zahl der UMFs stark ab.

Kidsaid konzentrierte seine Aktivitäten nun auf die Jugendlichen, welche bereits 18 Jahre alt waren, da die Grundversorgung für sie keinerlei Bildungsmaßnahmen beinhaltet. Für 250 junge Flüchtlinge konnten Deutschkurse, Hauptschulabschlusskurse oder Berufsorientierungskurse organisiert und bezahlt werden. Die öffentlichen Subventionen an den Verein waren jedoch 2004 eingestellt worden. Nach zwei Jahren reichen die aufgebrauchten Spendenmittel nicht mehr für die Weiterführung der Tätigkeit im bisherigen Ausmaß, sodass sich der Verein zur Auflösung entschloss.

Weiteres: www.kidsaid.at

DSA Georg Dimitz bei der UNO in Wien akkreditiert

Weltweit 470.000 Mitglieder hat der IFSW - der Internationale Berufsverband der SozialarbeiterInnen. Die Delegiertenversammlung wählte auf ihrer Weltkonferenz in München im August 2006 Georg Dimitz (Kassier im Vorstand der OBDS) zum ständigen Repräsentanten des Verbandes bei der UNO in Wien. In dieser Funktion wurde er auch in die Vorstandssitzungen des CONGO der internationalen Vereinigung aller weltweit tätigen NGO's (Nichtregierungsorganisationen) eingeladen. Er ist somit für vier Jahre bei der UNO in Wien akkreditiert und kann in dieser Funktion Empfehlungen an die UNO-Vollversamm-

lung einbringen.

EU und USA im PISA-Vergleich

Die landläufige Meinung, dass das europäische Bildungssystem hinsichtlich der Chancengleichheit dem US-amerikanischen überlegen sei, wird im Vergleich der von den PISA-Studien erhobenen Daten nicht bestätigt. Im Bereich der Mathematik sind die Leistungen der europäischen SchülerInnen besser, ebenso – jedoch in geringerem Ausmaß – in den Naturwissenschaften. Dagegen sind beim Lesen keine Unterschiede auszumachen.

Blickt man auf die Förderung der Begabungen, schneiden die Schulen in der EU für die Bereiche Mathematik und Naturwissenschaften besser ab, die Förderung der Begabungen im Lesen gelingt in den USA ein wenig besser. Kaum Unterschiede ergaben sich jedoch hinsichtlich der Integrationsleistung. Die Testergebnisse der Schülergruppen korrelieren in beiden Weltregionen stark mit den Faktoren Bildung der Eltern, berufliche Position der Eltern und Migrationshintergrund. Im Vergleich der Geschlechter wird sichtbar, dass die Mädchen besser lesen können. Dieses Defizit wurde bisher von den Buben durch bessere Leistungen in Mathematik wettgemacht. Dem ist nun nicht mehr so, die Mädchen sind hier gleich gut.

Erwähnt sei noch ein Entwicklungs-Programm mit dem Titel „No Child Left Behind“ (Kein Kind wird zurückgelassen), welches 2001 von beiden großen Parteien beschlossen wurde. Der Lernerfolg der SchülerInnen wird alle 2 Jahre geprüft, dies geschieht noch intensiver in Schulen mit einem

hohen Anteil benachteiligter Gruppen. Kommt es zu keiner Verbesserung, können Sanktionen gegen die Schule gesetzt werden. Die Schule muss dann einen Wechsel in eine andere Schule im Bezirk anbieten. Notfalls könnte sogar der Lehrkörper oder das Verwaltungspersonal ausgetauscht werden.

(Quelle: Kontraste 6/2006)

180 Tage Behindergleichstellungspaket

Die Arbeiterkammer kritisiert, dass die per 1.1.2006 neu verankerten Rechte der Menschen mit Behinderungen viel zu wenig bekannt gemacht wurden. Nach einer Schätzung der EU leben in Österreich 800.000 Menschen mit einer Behinderung. Für sie wurde ein Diskriminierungsverbot geschaffen. Die 24.000 RollstuhlfahrerInnen haben bei allen Neubauten Anspruch auf einen barrierefreien Zugang zu Verkaufslokalen. Altbauten müssen diesbezüglich bis 2016 nachgerüstet werden.

Um die Gleichbehandlung weiter zu forcieren, fordert die AK eine Erhöhung der Ausgleichstaxe (monatlicher Betrag von derzeit 206,- €, der zu zahlen ist, wenn nicht pro 25 MitarbeiterInnen ein Behinderter eingestellt ist) und eine Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz, womit Betriebsinhaber zu einer Betriebsvereinbarung zugunsten der Integration von behinderten Menschen gezwungen werden können. Die neue Broschüre der Arbeiterkammer „Die Behindertenvertrauensperson – 15 Lösungen für kompetente Integration im Betrieb“ kann über 01/ 310 00 10-395 bezogen werden.

(Quelle: Presseaussendung der Arbeiterkammer)

Unterstützung in der SPÖ für ein Berufsgesetz für SozialarbeiterInnen

Beim alle zwei Jahre stattfindenden Bundestag des BSA (Bundes sozialdemokratischer AkademikerInnen) wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der BSA fordert die Bundesregierung auf, eine Regierungsvorlage für ein Bundesgesetz, mit dem grundlegende Angelegenheiten der Sozialarbeit geregelt (SozialarbeiterInnengesetz) werden, dem Parlament zur Beschlussfassung vorzulegen.“ Inhalte wie Qualitätssicherung, Berufsfeldbeschreibung, Berufsschutzbestimmungen, Berufsethik sowie Regelungen über die fachliche Interessensvertretung (Sozialarbeitsgremium) sind Teil davon. Im Vorfeld soll durch eine Novelle des Bundesverfassungsgesetzes (Art. 10 BVG) die Kompetenz für „die Regelung von grundlegenden Angelegenheiten des Berufstandes der SozialarbeiterInnen“ dem Bund zugewiesen werden. Inzwischen wurde die Resolution an den SPÖ Bundespartei Vorstand weitergeleitet und soll dort in der nächsten Sitzung angenommen werden.

Parlament beschließt neue Zahnärztekammer

Anstatt im Sinne der Dienstleistungsfreiheit die Deregulierung voranzutreiben, setzt sich der Nationalrat für eine weitere Ausdifferenzierung der gesetzlichen Regelungen der Ärzteschaft ein. Innerhalb der Ärztekammer mit ihren 38.700 Mitgliedern war die

Arge Bildungsmanagement Wien

POSTGRADUALE MASTERABSCHLÜSSE MBA, MSc & M.A.

Start: September/Oktober 2006
Staatlich anerkannt!

1 Master of Arts - M.A.

MEDIATION & KONFLIKTREGELUNG

Familien-, Wirtschafts- und Umweltmediation. Dauer: 3/5 Semester. Abschluss nach Bundesmediationsgesetz und »Master of ARTS«.

Upgrading - M.A. für ausgebildete MediatorInnen.

2 Master of Science - MSc

SUPERVISION, COACHING & ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Ausbildung in Beratung von Personen und sozialen Systemen. Dauer: 5/6 Semester. Abschluss nach ÖVS-Kriterien und mit »Akademische/r SupervisorIn« oder »Master of Science (Supervision)«.

Upgrading - MSc für ausgebildete SupervisorInnen.

3 Master of Science - MSc

PSYCHOSOZIALE BERATUNG / LEBENS- & SOZIALBERATUNG

Beratungskompetenz für die Entwicklung & Veränderung von Personen und sozialen Systemen. Dauer: 3/5/6 Semester. Abschluss mit »Dipl. Lebens- & SozialberaterIn« und »Master of Science (Counseling)«.

Upgrading - MSc für ausgebildete Lebens- & SozialberaterInnen

4 Master of Science - MSc

PSYCHOTHERAPIE

Upgrading für PsychotherapeutInnen. Dauer: 1,5 Semester

5 Diplomlehrgang PSYCHOTHERAPEUTISCHES PROPÄDEUTIKUM

1. Teil der Ausbildung in Psychotherapie. Dauer: 4 Semester

6 Master of Science - MSc

COACHING & ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Dauer: 3/4 Semester

MBA - Master of Business Administration

7 PROJEKT MANAGEMENT

8 UNTERNEHMERISCHES UND SOZIALES MANAGEMENT

9 EVENT MANAGEMENT

Dauer: jeweils 3/4 Semester

10 Master of Science - MSc

OUTDOOR & MANAGEMENT

Dauer: 4/5 Semester

FORDERN SIE DIE AUSFÜHRLICHEN CURRICULA AN!

Arge Bildungsmanagement Wien

Tel.: +43-1/263 23 12-0 • Fax: -20

office@bildungsmanagement.at

www.bildungsmanagement.at



Vertretung der Zahnärzte als Bundeskurie organisiert. Daraus wurde nun mit 1.1.2006 durch einen einstimmigen Nationalratsbeschluss eine eigene Zahnärztekammer. Die 4.450 Zahnärzte hatten zuvor eine Urabstimmung durchgeführt, bei einer Wahlbeteiligung von 72 % votierten 52,2 % für eine eigene Kammer. In der Folge müssen nun Vermögen und Verwaltungsstrukturen geteilt werden. Die 9 Landeszahnärztekammern können weitgehend selbstständig agieren.

Weiteres: www.zahnärztekammer.at

In Kürze

www.antirassismus-plattform.at ist die Homepage einer Initiative von Prominenten, die im Wahlkampf aktiv wurde und sich gegen Fremdenfeindlichkeit in der Politik wendet. Dasselbe Ziel verfolgt die Kampagne „clean politics“ des Vereins ZARA-Zivilcourage und Anti-Rassismus Arbeit, der in Wien eine Beratungsstelle für Opfer und Zeugen von Rassismus betreibt (www.zara.or.at).

www.afrikanet.info ist ein Portal für AfrikanerInnen in Österreich und für alle, die sich für afrikanische Themen von Sport über Geschichte und Kultur bis zur Politik interessieren. Hier ist auch zu lesen, wie die Betroffenen rassistische Äußerungen von österreichischen PolitikerInnen erleben.

www.ehe-ohne-grenzen.at wendet sich gegen die Diskriminierung binationaler Ehepaare durch die jüngste Fremdenrechtsnovelle. Sie

organisiert jeden Mittwoch um 17 Uhr eine Kundgebung („Hochzeitsmarsch“) vor dem Innenministerium in der Herrengasse 7.

30 Jahre DOWAS in Innsbruck dient als Anlass für eine Festschrift. Sie trägt den Titel „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden“ und kann gegen einen Druckkostenbeitrag von 2,50 € bei DOWAS, 6020 Innsbruck, Bruneckerstr. 12, bezogen werden. Darin finden sich neben der Darstellung von DOWAS einige wissenschaftliche Beiträge über die Geschichte der Sozialarbeit und ihre Rolle in der NS-Zeit (www.dowas.org).

Einen „Bericht über die Drogensituation in Österreich“ legte für das Jahr 2005 das Österreichische Institut für Gesundheitswesen (ÖBIG) vor. Die Dokumentation wurde vom Gesundheitsministerium beauftragt und berichtet über die aktuellen Trends. Demnach bleiben die Konsumraten illegaler Drogen stabil, die Anzeigen vor allem wegen Cannabis und die Verurteilungen haben aber zuletzt Höchststände erreicht. Ein Fünftel der Gesamtbevölkerung gab in der Studie an, zumindest einmal im Leben illegale Drogen konsumiert zu haben. Der Bericht fließt in den europäischen Drogenbericht ein. Um die weltweiten Bemühungen öffentlich zu thematisieren, wird jährlich am 26. Juni ein internationaler Tag gegen Drogen begangen. 127 Seiten, download: www.oebig.at, Bestellung (10 €): haas@oebig.at

Zusammengestellt von
Mag. DSA Rudi Rögner



Veranstaltungen - Tipps

Wien

Die 2. Erwerbslosen-Konferenz

21.10.2006, Wien, Amerlinghaus

Veranstalter: Arbeitslosensprecherin – Selbstvertretung der Erwerbslosen Österreichs, 1060 Wien, Gumpendorferstraße 83, 01/402 69 44-11, www.arbeitslosensprecherin.at

Herausforderung Essstörungen

4. Wiener Essstörungenenquête

26.2.2007, Wien, Rathaus

Veranstalter: Fonds Soziales Wien – Wiener Programm für Frauengesundheit, www.essstoerungshotline.at

Niederösterreich

Soziale Diagnostik.

Fortbildung mit Prof. Pantucek (Wiederholung)

18.10.2006, 9–15.30 Uhr, St. Pölten, Fachhochschule, BIZ

Veranstalter: NÖBDS, Anmeldung: sonja.kirchwegger@aon.at oder 0664/ 640 2222.

10 Jahre Niederösterreichischer Dachverband für Bildung – Beratung – Beschäftigung, Festveranstaltung mit World-Cafe
19.10.2006, St. Pölten

Veranstalter: NÖB, www.noeb.at, 02742/ 21 530

Oberösterreich

Die Kraft des Lachens – Humor im beruflichen Alltag

Seminar mit David Gilmore

5.–6.12.2006, Schliebach/OÖ, Seminarhaus Spes

Veranstalter: pro mente-Akademie, www.bildungsinstitut.at

Sozialisationsfaktor Islam – Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus der Glubensgemeinschaft der Muslime

Seminar mit Mari Steindl ua.

5.–7.3.2007, Wels/Colleg für FamilienPädagogik

Veranstalter: Colleg für FamilienPädagogik, www.sos-kinderdorf.at, 07242/ 477 44

Salzburg

Sozialarbeit am Sozialamt. Was kann sie leisten?

Was braucht sie?

Referat von Univ.-Prof. Klaus Dimmel und Podiumsdiskussion

30.11.2006, 14–17.30 Uhr, Salzburg, Bildungshaus St. Virgil

Veranstalter: obds – Landesgruppe Salzburg, www.salzburg-sozialarbeit.at, Anmeldung: 0662/ 8072-3285

Kärnten

Menschenwürde statt Almosen

Internationale Bundestagung des obds

23.–25.10.2006, Velden am Wörthersee

Veranstalter: obds, www.sozialarbeit.at, 01/ 587 46 56-11, www.menschenwuerde.at

Tirol

Fachtagung zum Thema Mädchenarbeit:

"Selbstverständnis und Lobbyarbeit in der Mädchenarbeit – Motivation, Ansätze und Ressourcen"

20.10.2006, 9–17 Uhr, Innsbruck, Haus Marillac

Veranstalterin: Plattform Mädchenarbeit, buero-pma@gmx.net, www.kija.at/tirol

P R O S T – Der Provokative Stil in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Seminar mit Noni Höfner (www.provokativ.com)

13.–14.12.2006, Innsbruck, Hermann Gmeiner-Akademie

Veranstalter: Colleg für FamilienPädagogik, www.sos-kinderdorf.at, 07242/ 477 44

Vorarlberg

Fachtagung: Qualität sozialer Dienstleistungen im freien Wettbewerb

17.10.2006, Dornbirn, Fachhochschule

Veranstalter: IfS Vorarlberg, www.improve-info.at, 05523/ 52 176/18

Der „sozialräumliche Blick“ (Sozialraum-Management) Seminar

9.–11.11.2006, Bregenz, Kapuzinerkloster

Veranstalter: Schlosshofen – Zentrum für Wissenschaft und Weiterbildung, www.schlosshofen.at, 05574/ 430 46-75

Deutschland

Warum Soziale Arbeit? – Gesellschaftliche Perspektiven öffentlicher Wohlfahrt

12.–14.10.2006, Bielefeld

Veranstalter: Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik – AG 8, 0049/ 521/ 106 3322, BielefeldConference2006@uni-bielefeld.de

Consozial 2006

8. Fachmesse und Congress für den Sozialmarkt in Deutschland

8.–9.11.2006, Nürnberg/Messezentrum

Veranstalter: Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, www.consozial.de, 0049/ 9128/ 502 601

China

5th International Conference on Social Work in Health and Mental Health

10–14.12.2006, Hong Kong/China

Veranstalter: Hong Kong Social Workers Association, Social Welfare Department u.a., www.swh2006.com, unterstützt vom IFSW

Lehrgänge

Universitätslehrgang Migrationsmanagement

Jänner 2007 – Juni 2009

Salzburg, Bildungshaus St. Virgil

Veranstalter: Universität Salzburg, International Organisation for Migration, Friedrich Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, www.migrationsmanagement.at

Universitätslehrgang Sozialpsychiatrie

1. universitäre Weiterbildung zur „Akademisch diplomierten Fachkraft für Sozialpsychiatrie“

WS 2006/07 bis SS 2008

Veranstalter: Bildungsinstitut pro mente, www.bildungsinstitut.at, 070/608 899-28

Prekäre Arbeit: Freiheit auf Widerruf gewährt

Kein Auskommen

Martin Schenk

Werbezettel austragen für einen Hungerlohn? Selbstständig sein zum Schein, dafür einen Chef haben in echt? „Was ist da neu?“, fragt Beran, der seit 20 Jahren in Österreich von Billigjob zu Billigjob wechseln muss.

Unsichere Jobs, keine Sozialversicherung, miese Bezahlung – das ist nichts Neues. Schon seit Jahren schlagen sich damit tausende herum: Frauen im Niedriglohnssektor, MigrantInnen in halboffiziellen Hilfsarbeiten am Bau und im Haushalt.

Jetzt dringt Prekarität in die Mitte vor. Solange sie am Rand blieb, war sie eine Frage für Minderheiten; treffen Abstieg und verwehrt Einstieg auch die Mittelschichten, wird sichtbar, was bisher im Dunkeln war.

Frau L. hat bei einer Personalleasingfirma einen Job als Hilfsarbeiterin gefunden. Sie arbeitet im Schichtbetrieb in einer Lebensmittelfirma und verdient 600 € netto. Um 4 Uhr holt sie ein Firmenbus ab. Frau L. ist gezwungen, zum Treffpunkt in der Nacht bei jedem Wetter und jeder Jahreszeit mit dem Moped durch die halbe Stadt zu fahren, da um diese Zeit noch keine öffentlichen Verkehrsmittel gehen. Ihre Kinder müssen dann allein aufstehen und in die Schule fahren. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen hatte sie große Bedenken den Job anzunehmen, andererseits würde ihr eine Sperre der Notstandshilfe für 6 Wochen drohen, sollten sie den Job nicht annehmen.

Arbeit schützt vor Armut nicht. Jetzt schon leben 253.000 Menschen in Österreich in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz – und die der Kinder – zu sichern. Davon sind 91.000 manifest arm, d.h. die Betroffenen weisen einen schlechten Gesundheitszustand auf, leben in feuchten, schimmigen Wohnungen, etc. Von den prekär Beschäftigten mit "befristetem Vertrag" sind 11% armutsgefährdet, "unregelmäßig Beschäftigte" 17%, Personen mit "Teilzeit weniger als 12 Stunden" 20% und bei Menschen mit "35h Wochenarbeitsstunden für weniger als 1000 Euro Brutto" sind 23% armutsgefährdet. Die Richtsatzergänzungen in der Sozialhilfe, das sind jene Leistungen, die auch bei zu geringem Erwerbseinkommen ausbezahlt werden, haben in den letzten Jahren rasant zugenommen. Frauen sind davon stärker betroffen. Um Kinder gut zu betreuen ist Vollzeitarbeit oft gar nicht möglich. Oder ein buntes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen nicht verfügbar.

Für die einen bedeuten prekäre Jobs eine Vergrößerung ihres persönlichen Handlungsspielraums, für andere eine unfreiwillige Beschränkung. Studien besagen, dass 43 % der geringfügig Beschäftigten in Österreich nach Alternativen in Form einer regulären Vollzeitbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung oder einer echten selbstständigen Tätigkeit suchen. Für 50 bis 70% sind Teilzeit, Projektarbeit, freie

Dienstverträge kein Problem, für das restliche Drittel dafür ein umso größeres.

Von der Werbefirma wurde Konrad Hofer nach einer kurzen Einschulung am Vortag um halb sieben Uhr in die Firma gebeten. Dort musste er bereits in der Früh beim Verladen von Werbematerialien mithelfen. Weiters war er gezwungen, eine Kautions von 4 € für ein Wagerl auszuleihen. Als „Selbstständiger“ hätte er dieses wichtige Betriebsmittel eigentlich selbst in die Arbeit mitnehmen müssen. Konrad Hofer, Sozialwissenschaftler, arbeitete undercover als LKW-Fahrer, als Leiharbeiter und als Werbemittelverteiler. Seine Erfahrungen liegen in Buchform vor. Als „Ich-AG“ in der Werbefirma durfte er schließlich gegen 9 Uhr Vormittag das Lager in Richtung Verteilereinsatzgebiet selbstständig verlassen und wartete an einem vereinbarten Treffpunkt auf das Eintreffen der Werbematerialien. Als der Kleintransporter endlich kam, durfte Hofer mit dem Verteilen noch immer nicht beginnen, weil ein Werbezettel einer Möbelfirma fehlte. Erst um 11 Uhr konnte er starten. Er arbeitete schnell und ohne Pause, gegen 17 Uhr war er hungrig, durstig, fix und fertig. Hofer hatte keine Lust mehr, seine „selbstständige“ Arbeit weiter auszuführen und beschloss, sie am nächsten Tag fortzusetzen, aber das ließ sein Chef nicht zu. Die Zettel müssen noch heute an den Türen hängen, sagte er ihm, denn sonst gebe es kein Geld. Als es am nächsten Freitag zur Abrechnung kam,

staunte Hofer nicht schlecht, als auf seinem Gehaltszettel bloß 15,21 € brutto aufschienen und sein Nettogewinn heiße 13,70 € betrug, weil Fahrgeld, Versicherungsspesen und Weggeld abgezogen worden waren.

So werde ich Auftraggeber für mich selbst- als neuer Elendsunternehmer und Scheinselbstständiger darf ich das angebliche Abenteuer der Freiheit als wirklichen Zwang in die Unfreiheit erfahren. Die unfreiwilligen ICH-AGs haben alle Nachteile eines Unternehmers, ohne seine Vorteile genießen zu dürfen.

Papperlapp, sagen dann die Berater auf den Wirtschafts- und Lebensseiten der Magazine: Sei besonders! (sonst wirst du ausgesondert). Wer am eigenen Leibe sozialen Absturz erfährt, soll nämlich das Desaster zur wertvollen Erfahrung und zur Basis künftiger Triumphe umphantasieren - oder sich eben ganz verstecken. Sozialer Absturz ist unterlassene Hilfeleistung gegenüber dir selbst!

Mit unsicheren Jobs geht ein Mangel an Anerkennung und Belohnung einher. Leben am Limit

kränkt. Hohe Beanspruchung bei gleichzeitig niedriger Anerkennung des Geleisteten macht verletzlich. Der belastende Alltag am finanziellen Limit bringt keine „Belohnungen“ wie besseres Einkommen, Anerkennung, Unterstützung oder sozialen Aufstieg. Eher im Gegenteil, der aktuelle Status droht stets verlustig zu gehen. „Gratifikationskrise“ wird das in der Gesundheitsforschung genannt. Sie wirkt besonders bei Menschen, die in Randbelegschaften und in prekären Billigjobs arbeiten. Die Folge: besonders hohe Herz-Kreislauf Erkrankungen.

Leben am Limit geht unter die Haut. Die so genannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarktrisiko tritt bei Armutsbetroffenen dreimal so häufig auf wie bei den Managern selbst. Aber nicht, weil die Manager weniger Stress haben - sondern weil sie die Freiheit haben, den Stress zu unterbrechen: mit einem guten Abendessen oder einer Runde Golf. Sie können sich Erholung wählen, was die anderen nicht können. Den Unterschied macht die Freiheit.

Die Freiheitsfrage liegt im Begriff

„prekär“. Unsicherheit ist eine zu schwache Übersetzung. Eigentlich heißt „precarious“: durch Bitten erlangt, aus Gnade bekommen, auf Widerruf gewährt. Das beschreibt ein abhängiges und freiheitsbeschränkendes Verhältnis.

Vier sozioökonomische Mythen sollen die Prekarisierung des Arbeitsmarktes unterstützen:

1. *„Prekäre Jobs führen zu mehr Beschäftigung.“* Richtig aber ist: Das Beschäftigungsplus führt nicht automatisch zu einem Plus des Volumens bezahlter Arbeit, im Gegenteil, letzteres ist sogar gesunken: „In Vollzeitäquivalenten ging die Zahl der Arbeitsplätze zurück“, so Ewald Walterskirchen vom WIFO. Der Anstieg der geringfügig Beschäftigten und Teilzeitarbeit ist vor allem auch deshalb problematisch, weil sie immer mehr zu einem Dauerzustand wird, so das WIFO. Nur ein Viertel der geringfügig Beschäftigten und Teilzeitarbeit ist vor allem auch deshalb problematisch, weil sie immer mehr zu einem Dauerzustand wird, so das WIFO. Der Anteil der „Menschen ohne Ausweg“ aus der geringfügigen Beschäftigung habe sich auf 41 Prozent erhöht. Frauen haben laut Studie eine geringere Chance, aus der Geringfügigkeit herauszukommen.

2. *„Wer keine Bildung hat, braucht Billigjobs“.* Der Niedriglohnsektor ist mehrheitlich nicht mit gering qualifizierten Personen besetzt: 71,6% der NiedriglohnbezieherInnen haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Oder umgekehrt: nur ein knappes Drittel hat weder eine Berufsausbildung noch eine Matura.

3. *„Die Jugend bekommt nur prekäre Jobs, weil die Alten nichts hergeben“* Dass es sich dabei um einen Konflikt zwischen jung und alt handle, ist zu simpel. Die über 55jährigen haben Riesenprobleme am Arbeitsmarkt,





eigenständiger Existenzsicherung für Frauen.

„Working Poor“ haben weder Freiheitsgewinn noch soziale Absicherung. Alle politischen Versprechungen messen sich an den zwei Parametern: Werden soziale Risiken im Alter, bei Krankheit oder Jobverlust abgesichert und werden Selbstbestimmungsspielräume für die Beschäftigten erweitert?

„Nichts Neues“, findet mein Freund Beran. Was am Rand ausprobiert wird, kann über kurz oder lang auch in der Mitte ankommen. Minderheiten und Rechtlose bilden seit jeher das Versuchslabor für Bestimmungen, die später auch in die Mitte einbrechen.

Frau L. fährt einstweilen durch die dunkle Stadt. Die Kinder schlafen noch. Mit dem Einkommen gibt es kein Auskommen.



Martin Schenk, arbeitet als Sozialexperte der Diakonie Österreich, Schwerpunkte sind welfare policy, Gesundheit und Menschenrechte.

Mitbegründer des österreichischen Anti-Armut Netzwerks („Die Armutskonferenz“), seit 1989 in der Arbeit mit Jugendlichen tätig –speziell mit straffällig gewordenen, zwei Jahre in der Begleitung von Menschen mit Behinderung, später Arbeit mit Wohnungslosen, dann in der Flüchtlingsbetreuung.

die Armutsstatistik weist bei den über 55 Jährigen steigende Risiken auf. Gleichzeitig läuft ein massiver Geldtransfer von alt zu jung: die Großeltern bzw. Eltern unterstützen die Jungen in der Wohnungsfinanzierung oder den Kosten bei Familiengründung. Und über Erbschaften wandert Vermögen von alt zu jung. Wer davon wieder nicht profitiert, sind Leute am unteren Ende der sozialen Leiter.

4. Der Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“, entspricht nur der halben Wahrheit. Sozial ist Arbeit, von der man leben kann. Gerne wird weiter an der falschen Annahme festgehalten, dass Erwerbsarbeit automatisch Armut reduziert. Es gibt Länder mit geringer Arbeitslosigkeit und hoher Armut: USA, Großbritannien. Und es gibt Länder mit geringer Arbeitslosigkeit und geringer Armut: Dänemark, Schweden. Erwerbsarbeit allein schützt vor Armut nicht. Erst die Kombination aus geringer Arbeitslosigkeit und hohem Niveau sozialer Sicherungssysteme reduziert Armut. Je höher die Investition in solidarische Sozialsysteme, desto geringer die Armut. Das erklärt, warum die USA oder Großbritannien trotz geringer Arbeitslosigkeit hohe Armut aufweisen.

Ein niedriges Erwerbseinkommen schlägt sich in nichtexistenzsichernden Sozialleistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension nieder. Wer sein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension zusammenbekommen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind so gering, dass man im Falle von Jobverlust davon keinen Tag überleben kann.

In Österreich sind über 100 000 Menschen nicht krankenversichert, das sind fast 2% der Wohnbevölkerung, die aufgrund ihrer prekären sozialen Lage nicht wissen, was sie mit ihren geringen Mitteln zuerst zahlen sollen: Miete, Lebensmittel oder Krankenversicherung?

Im Sozialstaat „rheinisch-korporatistischer“ Prägung wie in Österreich setzen sich prekäre Arbeitsverhältnisse und nicht durchgängige Erwerbsbiographien ungebrochen in den Systemen sozialer Sicherung fort. Dem stark am Versicherungsprinzip und am männlichen Ernährerhaushalt ausgerichteten Sozialstaatsmodell fehlen Mindestsicherungselemente sowie universelle Leistungen und es mangelt an Bildungschancen unabhängig sozialer Herkunft wie auch an

Üble Nachrede

Dr. Werner Vogt

Die Bearbeitung der Alltagsorgen in der Altenpflege ist ein wichtiges und zeitaufwändiges Unternehmen. Im Jahr 2004 haben meine sieben Mitarbeiterinnen der Pflegeombudsstelle in Wien-Lainz 3780 Informationsgespräche und 1413 Beratungen teils telefonisch, teils persönlich durchgeführt. Ich selbst habe meine Gespräche mit Pflegepatienten, deren Angehörigen, dem Pflegepersonal nie gezählt, es waren hunderte im Jahr. Hinzu kommen unzählige Besprechungen im Rahmen der Interventionen vor Ort und mit allen am Problem Beteiligten: 690 Klientinnen haben sich mit 713 Anliegen an uns gewendet. Am häufigsten, und zwar 423-mal, bat man uns im Jahr 2004 um Unterstützung bei Veränderungen im Pflegealltag, Beschwerden stellten mit 238 Fällen die zweitgrößte Interventionsgruppe dar. Dabei nahm das Problemfeld Pflege die erste Stelle ein, gefolgt von Schwierigkeiten in Kommunikation und Interaktion – vor allem zwischen Angehörigen und dem Pflegepersonal –, es folgten in dieser Reihenfolge Rechtsprobleme, Pflegesuche, medizinische Versorgung, Kosten, soziale Betreuung, Ausbildungsfragen, Personalsituation, Gewalt, Raumsituation, Therapie, Diagnose und Hygiene.

Aus dem, was an uns herangetragen wurde und was wir selbst bei unseren Visiten in den Pflegeheimen gesehen haben, konnten Schlüsse gezogen, Problemanalysen angestellt, Forderungen entwickelt und Vorschläge an die Politik in Stadt

und Land, an die zuständige Bürokratie, vor allem aber an die Öffentlichkeit weitergegeben werden. Das Fernsehen, der Hörfunk, die Printmedien haben uns sehr unterstützt.

Mehr als zweihundert Gespräche mit Mitarbeitern von Medien, achtundzwanzig Vorträge und dutzende publizierte Kommentare, Aufsätze und Verbesserungsvorschläge haben das Altenproblem aus der Zone übler Vermutungen und realitätsferner Skandale zu einer realen Bewertung geführt, die allen – den Gepflegten und Pflegenden, aber auch den besorgten Angehörigen – gerecht wird.

Häufig hat man uns Recht gegeben und Veränderungen angestellt. Die



Pflege wurde administrativ von der Medizin abgekoppelt, bekam im Krankenanstaltenverbund ein eigenständiges Teilunternehmen mit autonomer Direktion. Mit den Stimmen von Rot und Grün verabschiedete man das längst notwendige Pflegeheimgesetz und setzte so verbindliche Standards für alle Pflegeheime. Nachteil: Die Standards gelten erst in einigen Jahren. Der Pflegenotstand wurde endlich zugegeben, ein Pool an Pflegekräften zugesagt, die den tagtäglichen Fehlbestand in den Geriatriezentren ausgleichen sollen. Nachteil: Zusage vorhanden, Umsetzung ausständig.

Die rechtswidrige Fehl- und Unterbetreuung der viel zu großen Zahl an besuchwalterten Pflegepatienten wurde erkannt und im großen Heim, dem Geriatriezentrum am Wienerwald, durch Eröffnung eines Sachwalterbüros behoben. Nachteil: Die Unterbetreuung in den zahlreichen anderen Heimen bleibt bestehen.

Die Isolation und kulturelle Vernachlässigung in den Pflegeheimen wird im Mozartjahr 2005 die Organisation Live Music Now mit zweihundert Konzertveranstaltungen für Pflegepatienten durchbrechen. Hinter der von Lord Yehudi Menuhin 1977 ins Leben gerufenen Organisation steht eine einfache Idee, die der große Geiger so beschrieb: „Wir besuchen Menschen, die nicht in Konzerte gehen können, weil sie arm, krank, alt oder eingesperrt sind. Wir spielen Livekonzerte

für sie und mit ihnen, damit sie zwischen der Konservenkost auch einmal Frischgemüse bekommen. Das ist doch gesünder!"

Trotz vieler kleinerer und größerer Erfolge herrscht aber immer noch eine gefährlich schlechte „Großwetterlage“ für alte Menschen.

Wer das Glück zunehmender Lebenserwartung – das Alter – zum alle gefährdenden gesellschaftsbedrohenden Kostenfaktor herabargumentiert, gerät in die ökonomische Falle. Die Kosten-Nutzen-Rechnung wird sich für alle, nicht nur für die Alten, als lebensbedrohlich erweisen. Wer damit beginnt, „Unnützes“ zu definieren, der selektioniert und isoliert, der produziert sozialen Tod. Strukturell und individuell.

Gute Lebensbedingungen, hohe Bildung und kompetente Ausbildung fördern Gesundheit und Wohlbefinden bis an ein hoffentlich spätes Lebensende. Individuelle Personenvorsorge ist den gut Gebildeten und Ausgebildeten vorbehalten. Wer seinen Verstand nicht zu gebrauchen vermag, gerät rasch in die krank machende Armutsfalle, die zur Altersfalle in elenden Quartieren wird. Wollen wir hohes Alter bei guter Gesundheit, müssen wir eine Bildungsoffensive starten. Wer alt und krank wird, verliert derzeit all jene Rechte, die Patienten zustehen. Als Pflegefall hat er für sich selbst zu sorgen, und wenn er das nicht kann, wird er zum Fürsorgefall. Rechtsansprüche erlöschen und das unsichere Feld der Barmherzigkeit tut sich auf. Das pflegebedürftige Alter wird aussortiert, isoliert, in die geistige Verarmung mit nachfolgender Umnachtung getrieben. Jahre alleine in einem Gangwinkel vor dem flimmernden Fernseher zu verbringen, verursacht Verblödung und frühen Tod. Jahrelang abgestellt in einer

Pseudo-Krankenhausatmosphäre zu leben, ist ungesund. Es herrscht Betreuungsnotstand. Daher: Es braucht eine große Kampagne für ehrenamtliche Mitarbeiter in den Heimen.

Wen Armut und Umnachtung treffen, der verliert auch seine Bürgerrechte. Der Konsument wird geschützt, dass aber Alte in miserablen privaten Pflegeheimen für viel Geld fast gar nichts erhalten, betrogen werden, interessiert die Gerichte nicht. Hunderte Sachwalter vernachlässigen ihre Obsorgepflicht. Der Rechtsstaat aber macht vor den Toren der Pflegeheime Halt. Die Justiz ist altenfeindlich. Sie ignoriert an alten Menschen begangene Rechtsbrüche, sie toleriert offene strukturelle Gewalt in Altenquartieren: jahrelange Freiheitsbeschränkung, jahrelanges Einsperren auf Pflegestationen zwi-

schen Steckgittern, festgezurrt in Rollwägen, die nicht rollen, sondern jahrelang am selben Platz stehen. Statt vier Jahreszeiten keine Jahreszeit, tagaus, nachtein das gleiche große Nichts.

In Krankenhäusern kontrollieren Hygienebeauftragte die Einhaltung der Vorschriften. Kein Krankenhaus bietet folglich für siebzig Patienten nur ein Badezimmer an und kommt mit zwei Toiletten für dreißig Patienten aus. In Pflegeheimen werden derartige inkontinenzfördernde Hygienezustände aber toleriert. Siebzig alte Pflegepatienten, ein Bad. Dreißig alte Pflegepatienten, zwei Toiletten.

In Krankenhäusern verbieten Brandschutzbeauftragte Durchgangszimmer, weil sie nicht rasch genug geräumt werden können, wenn Feuer ausbricht. Durch-



gangszimmer in Altenheimen werden von Brandschutzbeauftragten und Brandsachverständigen toleriert. Sollen die Alten im Ernstfall geopfert statt gerettet werden?

Die Werbung hat den alten Konsumenten entdeckt, gaukelt ihm Schönheit, Begehrlichkeit, Genussfähigkeit und strotzende Gesundheit bis zum letzten Seufzer vor. Das tun auch die Pensionistenverbände. Sie verkünden eine Ausflugs- und Einkehrkultur, die uns alle in die Wachau, ins Salzkammergut, in die Volksoper oder gar nach Mallorca führt. Alter Konsument, guter Konsument. Wer aber nach Lainz oder auf den Steinhof gerät, wird weder umworben noch flott ausgeführt. Er wird ganz einfach vergessen. Jene, die bei den Vergessenen noch ausharren, jene, die sie waschen, füttern und pflegen, lässt man im Stich. Isolation und Diskriminierung treffen immer Pfleger und Gepflegte gleichermaßen.

Die Politik hat die pflegebedürftigen Alten lange übersehen, sie nur am Wahltag zu einem kleinen Ausflug in die Wahlzelle geführt. Da amtsenthobene Politiker die Pensionistenverbände anführen, wird dort das große Vergessen fortgeführt. Das muss sich ändern. Die Konsumentenschützer sollen die Rechte der Anstaltsalten schützen, die Pensionistenverbände in die Anstalten eindringen, die Gepflegten zum Weiterleben ermuntern, pflegebedürftige und Mitarbeiter in die freie Welt entführen. Das mag viel verlangt sein. Wer aber „Gerechtigkeit“ für das Alter fordert, muss die Vereinsamung der Heiminsassen beheben.

Dass pflegebedürftige mit guten Pensionen, pflegepatienten mit Geld eher privat und in noblen Altersresidenzen gepflegt werden, das alt gewordene Proletariat aber

nach Lainz, Baumgarten, Liesing oder Ybbs an der Donau wandert, ist Tatsache. Auch wenn nobles Ambiente nicht vor Betrug an Alten schützt, bleiben Klassen- und Schichtzugehörigkeit bis ins kühle Grab erhalten. Früher haben sich Pensionisten rechtzeitig für ein Heim ihrer Wahl angemeldet, nicht nur wegen des betreuten, sondern auch wegen des besseren Wohnens: Wer bis dahin in Zimmer, Küche, Bassena und Toilette am Gang hauste, vollzog einen fulminanten Aufstieg, wenn er in eines der „Häuser zum Leben“ des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime siedelte. Nun plötzlich Zimmer mit Bad, oft auch Küche und Balkon. Zweimal am Tag warme Kost, zwei Menüs zur Auswahl.

Die „Häuser zum Leben“ gibt es noch immer. Einunddreißig an der Zahl, sind sie gut in der Stadt verteilt und garantieren so, dass man dort gepflegt wird, wo man gelebt hat. Die sozialen Bezüge gehen nicht so schnell verloren, der Freundes- und Bekanntenkreis bleibt länger erhalten. Die Warteschlangen vor diesen guten Plätzen sind trotzdem kürzer geworden. Viele wollen daheim alt werden und sterben. Zu viele pflegepatienten, zu wenig qualifiziertes Personal, schrumpfende Tagsätze für dutzende Anbieter von häuslicher Pflege schaffen aber große Problemen. Es bleibt immer weniger Zeit für die Pflege, keine Zeit für Zuwendung und Betreuung. Vor allem aber gibt es für den ambulanten pflegebereich keinerlei Kontrolle.

Die Politik redet eine Entlastung der angeblich teuren Heime durch Ausbau der angeblich billigen ambulanten Pflege herbei, die sie real völlig vernachlässigt. Der pflegenotstand im ambulanten Bereich ist weit größer als jener im

stationären Bereich. Schwarzmarkt und Schwarzarbeit blühen. 3399 in der mobilen Pflege Tätigen stehen österreichweit 40000 illegal beschäftigte pflegekräfte gegenüber, verlautebarte die ÖGB-Fachgruppe Gesundheitsberufe am 21. April 2005. 40.000 Schwarzarbeiterinnen am pflegemarkt – und kein Minister schreitet ein. Österreichweit aber verkünden Plakate: „Pflege ist schön“.

Wir können, welch ein Glück, wenig individuelle Gewalt von pflegenden an gepflegten feststellen. Wir orten aber viel strukturelle Gewalt, die sich massiv gegen gepflegte und pflegende richtet: den pflegenotstand, den betreuungsnotstand, die Vernachlässigung, quälende Lebensbedingungen (§ 92 STGB), die zu fahrlässiger Körperverletzung (§ 88 STGB) führen. Bedingt durch strukturelle Gewalt werden alte nicht nur um ihr Leben gebracht, sondern auch real betrogen (§ 155 STGB), da ihnen private heimbetreiber pflegeleistungen und medizinische leistungen vorenthalten, für die sie bezahlt haben. Kein strafrichter, kein konsumentenschützer greift ein.

Viele missstände. Viel muss sich ändern.



Dr. Werner Vogt, pflegeombudsmann in wien, publizist, facharzt für unfallchirurgie und oberarzt, Mitinitiator des Volksbegehrens „Sozialstaat Österreich“.

Armutgefährdung und Armutsbekämpfung in Österreich: zwischen Stabilität und Wandel

Dr. Karin Heitzmann, MSc.

Armut, Armutgefährdung¹ oder soziale Ausgrenzung sind Begriffe, die in den letzten zehn Jahren immer wieder – und immer öfter – in der sozialpolitischen Debatte in Österreich verwendet werden. Warum ist dies so? Hat sich die Situation der Armen drastisch verschlechtert, so dass jetzt mehr über sie geredet wird? Oder ist schlicht nur die Sensibilität für diese Themen gestiegen – ohne dass eine deutliche Verschlimmerung der Lage zu konstatieren wäre? Dieser Beitrag setzt sich zum Ziel, diesen Fragen nachzugehen. Er stellt die These auf, dass sich Einkommensarmut und Armutsbekämpfung in einem Spannungsfeld zwischen Stabilität (die Armutgefährdung) und Wandel (die Armutsbekämpfung) bewegen. Dazu wird zunächst die aktuelle Armutgefährdungslage anhand von jüngsten Daten dargestellt. Daran anschließend wird zusammengefasst, wie sich die institutionelle Armutsbekämpfung in den letzten Jahren verändert hat. Schwerpunkt der Ausführungen in diesem zweiten Teil ist die Situation in Wien.

Armutgefährdung in Österreich und Wien

Der erste Teil der These bezieht sich darauf, dass sich Armutgefährdung als Problemlage als relativ stabil erweist. Wie ist das zu verstehen? Zunächst weisen quantitative Informationen zur Armutgefährdung in Österreich nach², dass ihr Ausmaß im Zeitraum von knapp zehn Jahren relativ konstant geblieben ist. Zwischen 1995 und 2003/04 be-

wegen sich die so genannten Armutgefährdungsquoten in Österreich zwischen 11 und 13 Prozent. Auf Grund von unterschiedlichen Datenquellen³ und geringen Stichproben die zu diesen Ergebnissen führen, muss die Schwankungsbreite von zwei Prozentpunkten allerdings als zufällig bezeichnet werden. Dies stellt nicht zuletzt auch die Statistik Austria mit Bezug auf Entwicklungen der Einkommensarmutsquoten in den letzten Jahren fest [1]. Der Anteil der Menschen mit geringem Einkommen bleibt damit offenbar recht stabil. Mit anderen Worten: Es hat keine signifikanten Zuwächse aber auch keine signifikante Abnahme des Ausmaßes an armutsgefährdeten Menschen in Österreich gegeben. Dieselbe Situation zeigt sich übrigens auch für Wien [2]. Die Schwankungsbreiten der Einkommensarmutsraten sind in der Hauptstadt des Landes zwar deutlich ausgeprägter (sie erreichen zwischen 1995 und 2003/04 ein Minimum von 8 und ein Maximum von 16 Prozent) – auf Grund kleiner Fallzahlen muss allerdings auch hier von zufälligen Schwankungen ausgegangen werden.

Wenngleich eine aktuelle Einkommensarmutsquote von 13 Prozent in Österreich an sich hoch ist (im EU-15 Vergleich liegt Österreich damit auf Rang 5), gibt eine weitere Form der Stabilität der Armutgefährdung deutlich mehr Anlass zur Sorge: Unter den armutsgefährdeten Personen finden sich schon seit Jahren dieselben Personengruppen überproportional häufig

wieder. Dazu gehören neben MigrantInnen vor allem (langzeit-)erwerbsarbeitslose Personen, Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr Kindern. Es ist damit in den letzten Jahren nicht gelungen, das Armutsrisiko dieser Gruppen wesentlich einzuschränken. Dies gilt sowohl für Österreich im Allgemeinen, als auch für Wien im Besonderen. Die bisherigen Ausführungen legen daher den Schluss nahe, dass nicht nur die Anzahl der Personen mit Einkommen unter der Armutgefährdungsschwelle relativ gleich geblieben ist, sondern dass sich in der betroffenen Bevölkerung überproportional oft Personen mit spezifischen individuellen Merkmalen bzw. Haushaltskonstellationen wieder finden. Wenn Einkommensarmut damit in Österreich bemerkenswerte (und im Hinblick auf die immer gleiche Zusammensetzung der Armutspopulation beunruhigende) Stabilität aufweist, wo findet demgegenüber ein Wandel statt?

Armutsbekämpfung in Österreich und Wien

Der zweite Teil der eingangs aufgestellten These lautet, dass im Rahmen der Armutsbekämpfung einiges im Wandel ist. Dies betrifft zum einen die klassischen Instrumentarien der Armutsbekämpfung. Die Zahl der EmpfängerInnen von offener Sozialhilfe ist österreichweit zwischen 1994 und 2003 um 62 Prozent angestiegen [3]. In Wien betrug der Anstieg gar 93 Prozent⁴. Wenn gleichzeitig konstante Einkommensarmutsraten unterstellt

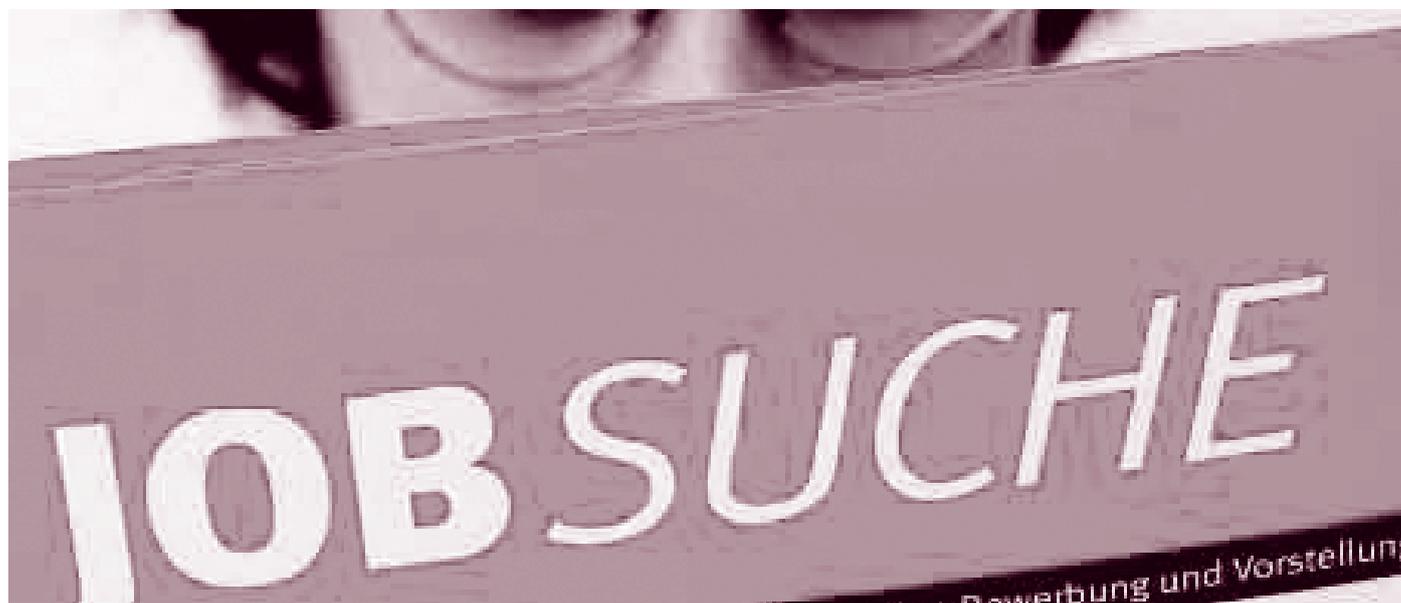
werden, liegen die Ursachen für diese Zunahme entweder darin, dass die der Sozialhilfe vorgelagerten Sicherungssysteme durchlässiger geworden sind, oder aber darin, dass nicht-staatliche Akteure der Armutsbekämpfung ihr „Angebot“ zurückgeschraubt haben. Im Hinblick auf die vorgelagerten Sicherungssysteme kann tatsächlich festgestellt werden, dass sie einerseits etliche neue Risiken im Lebensverlauf (z.B. neue Selbstständigkeit, atypische Beschäftigungsformen, nicht-traditionelle Familienformen etc.) nicht adäquat abfedern können. Andererseits haben viele Reformen der letzten 10 bis 15 Jahre zu verschärften Zugangsbestimmungen und gekürzten Leistungen geführt (Beispiele finden sich etwa in der Arbeitslosen- und der Pensionsversicherung). Im Hinblick auf einen teilweisen Rückzug alternativer Akteure aus der Armutsbekämpfung legt empirische Evidenz nahe, dass innerhalb der Sozialwirtschaft die KlientInnenzahl in den letzten Jahren sogar zugenommen und nicht abgenommen hat [4].

Zum anderen zeigt sich der Wandel der Armutsbekämpfung auch und insbesondere in einem Wandel der

Institutionen, die Maßnahmen zur Armutsbekämpfung anbieten. Vieles hat sich in den letzten Jahren verändert. Zum einen wurden wichtige Träger im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung aus dem engen öffentlichen Bereich ausgelagert und in einem Graubereich zwischen öffentlichem und privatem Sektor angesiedelt. Das betrifft einerseits das Arbeitsmarktservice (AMS), das bereits im Jahr 1994 aus dem Sozialministerium ausgegliedert worden ist und seither relativ autonom nicht nur die Vermittlung von Arbeitsplätzen und die Organisation von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen übernimmt, sondern auch die Zuteilung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe überantwortet bekommen hat. In diesem Bereich ist das AMS also nach wie vor hoheitlich tätig, in anderen Bereichen agiert das AMS ähnlich einer privaten Organisation. Vor jüngerer Zeit betraf eine weitere Auslagerung eine wichtige Institution, die eng mit und für armutsgefährdete Menschen in Wien arbeitet. Auf Grund von Strukturreformen der Stadt Wien wurden vor einigen Jahren die hoheitlichen Aufgaben der Magistratsabteilungen 47 und 12 in die

MA15a und später in die MA15 übergeleitet. Gleichzeitig wurde der Fonds Soziales Wien (FSW) mit der Übernahme v.a. der nicht-hoheitlichen Aufgaben betraut. Heute organisiert der FSW die Bereiche Alter, Pflege und Betreuung, die Obdachlosenhilfe, den Sucht- und Drogenbereich sowie einige Gesundheitsbereiche. Der FSW ist auf Basis des Wiener Stiftungs- und Fondsgesetz gegründet und damit juristisch betrachtet eine privatrechtliche Einrichtung. Gleichzeitig definiert sich der FSW als „Instrument der Stadt Wien zur Umsetzung der Wiener Sozialpolitik“. Wie das AMS könnte daher auch der FSW als eine hybride Organisation beschrieben werden; als eine Institution, die zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor angesiedelt ist.

Gründe für Auslagerungen nicht nur von Aufgabenbereichen, sondern ganzen Organisationsteilen aus dem öffentlichen Sektor kann es viele geben. Häufig genannte Argumente sind z. B. die Erhöhung der Effizienz, die Möglichkeit, sich auch über private Spenden zu finanzieren oder auf ehrenamtliches Engagement zurückgreifen zu können (was einer rein öffentlichen



Behörde eher schwer fallen mag) etc. Schließlich ist es auch im Hinblick auf die Anstellungsverhältnisse attraktiver, privatrechtliche Verträge mit den Beschäftigten einer privaten Organisation abzuschließen, um die MitarbeiterInnen nicht zu Vertragsbediensteten oder gar zu Beamtinnen oder Beamten bestellen zu müssen. Außerdem kann die Stadt sich durch die Auslagerung sozialer Agenden an den Privatbereich auch ‚elegant‘ der politischen Kontrolle durch die Opposition entziehen. Eine weitere Motivation für die teilweise Auslagerung der Sozialagenden an den FSW ist aber auch darin zu sehen, den Sozialbereich vor jenen Entwicklungen zu verschonen, die im Zusammenhang mit der öffentlichen Auftragsvergabe stehen. Dabei handelt es sich um eine EU-weite Verpflichtung, wettbewerbsähnliche Bedingungen auch im öffentlichen Sektor zu schaffen. Die öffentliche Vergabe gilt nicht zuletzt deshalb als regelbedürftig, da aus unterschiedlichsten (nicht zuletzt politischen Überlegungen) nicht immer der ‚beste‘ Anbieter⁵ zum Zug kommt. Das ist eine Situation, die man mit dem neuen Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen verändern will.

Eine wesentliche Aufgabe des FSW war es allerdings auch, die Vertragsbeziehungen mit den Anbieterorganisationen auf neue Beine zu stellen. Hintergrund dafür sind einmal mehr die Verwaltungsreformen des öffentlichen Sektors und v.a. das Konzept des New Public Management. Ausprägung dieses Bemühens innerhalb des FSW sind insbesondere die Allgemeinen und Speziellen Förderrichtlinien, die der Fonds als Grundlage für die Vertragsbeziehungen zwischen FSW und Anbieterorganisationen anwendet. Durch diese Art der Regulierung wurde die Zusammenar-

beit zwischen Finanzier und Leistungsersteller deutlich formalisiert und bürokratisiert. Mit den Instrumentarien des New Public Managements wird damit zwar einerseits für mehr Transparenz und Klarheit gesorgt, andererseits wird aber auch der Spielraum für alles, was außerhalb des Formalisierbaren und des Abrechenbaren liegt, kleiner. Die Umstrukturierungen innerhalb des FSW sind noch nicht abgeschlossen. Faktum ist allerdings, dass dieser institutionelle Wandel nicht nur zu Unsicherheiten außerhalb des FSW geführt hat (etwa bei vielen der Partnerorganisationen), sondern auch innerhalb dieser Institution für Unruhe sorgt. Die angeführte Evidenz deutet also darauf hin, dass bei der Armutsbekämpfung tatsächlich einiges im Umbruch ist. Wie sich das auf die recht stabile Einkommensarmut in Österreich auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Verwendete Literatur

1. Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen: Ergebnisse aus EU-SILC 2004. Wien, Statistik Austria, 2006.
2. Heitzmann K: Poverty relief in a mixed economy: Theory of and evidence for the (changing) role of public and nonprofit actors in coping with income poverty. Frankfurt am Main *et al.*, PeterLang Verlag (im Erscheinen), 2007.
3. Pratscher K: Sozial(hilfe)leistungen der Bundesländer 2003 und im Jahrzehnt 1994–2003. Statistische Nachrichten 2005; 60: 336–348.
4. Dawid E, Heitzmann K: Endbericht: Forschungsprojekt "Leistungen der NROs in der Armutsbekämpfung Studie zur Bestandsaufnahme der Leistungen sozialer Dienste in der

Vermeidung und Bekämpfung von Armut in Österreich". Wien, mimeo, 2006.

¹ Die Begriffe Armutsgefährdung und Einkommensarmut werden im Folgenden synonym verwendet.

² Diese Daten inkludieren allerdings etliche besonders gefährdete Gruppen nicht, beispielsweise obdachlose Menschen oder in Heimen untergebrachte Personen.

³ Die zitierten Ergebnisse stammen aus dem Europäischen Haushaltspanel sowie den EU-Statistics on Income and Living Conditions.

⁴ Jüngste noch nicht veröffentlichte Daten der Statistik Austria für das Jahr 2004 belegen eine weitere deutliche Erhöhung der Zahl der SozialhilfebezieherInnen.

⁵ Wobei das ‚beste‘ Angebot natürlich eine Frage der Definition ist und sowohl ‚das billigste‘ als auch ‚das qualitativ hochwertigste‘ Angebot bedeuten kann.



Dr.ⁱⁿ Karin Heitzmann, MSc. hat in Wien, Omaha/USA, Bath/England und Maynooth/Irland Handelswissenschaften und Sozialpolitik studiert. Sie ist Assistenzprofessorin am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien und lehrt an der WU Wien und der FH für Sozialarbeit in Wien. Sie forscht zum Thema Armut und Armutsbekämpfung sowie zur Sozialwirtschaft. Infos unter: www.wu-wien.ac.at/sozialpolitik

Kritische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte

Das bedingungslose Grundeinkommen als Antwort auf den „aktivierenden Sozialstaat“?

Mag. DSA Elisabeth Hammer

In der Sozialpolitik finden seit einigen Jahren beträchtliche Veränderungen statt, die die Ausrichtung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit insgesamt betreffen (vgl. auch die Ausführungen in: Hammer 2006). Im Rahmen einer „aktivierenden Sozialpolitik“ werden sozialstaatliche Transfers mehr als bislang an die Aufnahme von Arbeit bzw. an die Bereitschaft zur Annahme jeder nur denkbaren Arbeit gekoppelt bzw. davon abhängig gemacht. Wiewohl der Bezug auf „Aktivierung“ Elemente von Empowerment, Selbsthilfeorientierung und Integration zu verknüpfen verspricht, wird in der konkreten Umsetzung der Aktivierungsidee als Zielrichtung jedoch ein Sozialumbau sichtbar, der die Ursachen von Armut individualisiert und mit der Aushöhlung von Rechtsansprüchen einhergeht. Schleichend passiert eine derartige Aushöhlung von Rechtsansprüchen nicht zuletzt über die Ausdehnung von Ermessensspielräumen in der Gewährung von Leistungen.

Unter dem Motto „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ wird gerade im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik eine grundlegende Transformation von Gerechtigkeitsvorstellungen im Wohlfahrtsstaat vorangetrieben. Auf faktischer wie symbolischer Ebene wird darauf verwiesen, dass man sich Sozialleistungen mehr als bisher zu „verdienen“ habe. So werden die Mitwirkungspflichten von LeistungsempfängerInnen, z.B. durch den Beleg von anhaltender Arbeitsbereitschaft

oder aber auch durch die Erbringung gemeinnütziger Arbeitsleistungen verschärft. Wo kein „Wohlverhalten“ sichtbar wird, machen die Konzepte einer „aktivierenden Sozialpolitik“ auch verhaltensregulierende Interventionen bzw. Druck und Zwang zur Konformität wieder gesellschaftsfähig (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2002). In der Gesamtsicht ist es damit für einzelne Handlungsfelder der Sozialarbeit legitim, Prekarisierung, Marginalisierung und Exklusion als Effekte gegenwärtiger Sozialpolitik zu beschreiben (vgl. Buhr 2005).

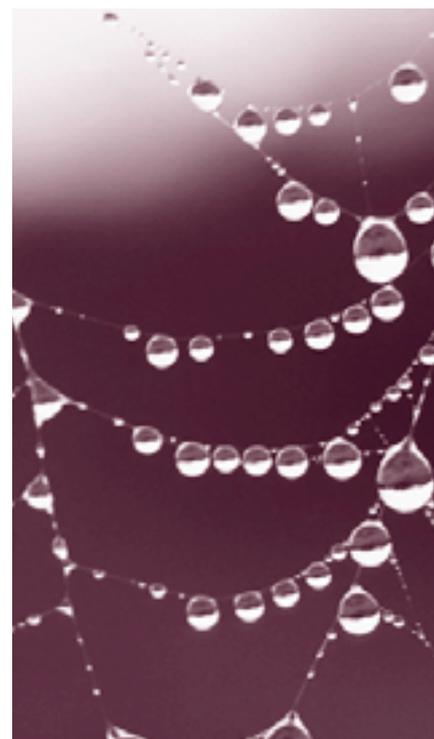
Diese Entwicklungen stoßen allerdings auch auf vielfältigen Widerstand. Allein die Debatten zu Legitimation, Funktion und Ambivalenzen einer „politischen Sozialarbeit“ im SIÖ 2/2006 zeugen angesichts gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Verhältnisse von einem breiten Unbehagen unter SozialarbeiterInnen. Die Suche nach Alternativen zu den Auswüchsen eines „aktivierenden Sozialstaates“ mündet dabei häufig in den Vorschlag zur Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle.

Kernelemente eines bedingungslosen Grundeinkommens

Die Debatten rund um ein bedingungsloses Grundeinkommen stellen wesentliche Fragen von sozialpolitischer Gestaltung auf eine radikal neue Weise. Der grundsätzliche Gedanke bricht mit zentralen Bedingungen eines bislang er-

werbsorientierten Systems sozialer Sicherheit und besteht in einer Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung: Ein Grundeinkommen, das als individueller Rechtsanspruch ohne Bedürftigkeitsprüfung konzipiert ist, impliziert weder Arbeitsgebote noch Arbeitsverbote und würde mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Rolle von Sozialer Arbeit in einzelnen Handlungsfeldern (z.B. in Bezug auf Fragen materieller Existenzsicherung oder auch der Ausgestaltung des sogenannten „Doppelten Mandates“ u.v.m.) neu gestalten.

Die mit der Einführung eines Grundeinkommens verbundene Erwartung liegt nicht zuletzt darin, über die Schaffung eines individuellen Rechts auf soziale Teilhabe –



eben mittels eines monatlich zu gewährenden Fixbetrages – sozial disziplinierende Aspekte in Sozialpolitik und Sozialer Arbeit zurückzudrängen, die Autonomie in der persönlichen Lebensgestaltung zu erhöhen sowie einer neuen Form gesellschaftlicher Solidarität verstärkt zur Geltung zu verhelfen. Das Engagement von im Sozialbereich tätigen Personen für die Einführung eines derartigen bedingungslosen Grundeinkommens zeugt nicht zuletzt auch von einem Willen zur Wiederaneignung sozialpolitischer Gestaltungsmacht.

Die zahlreichen, alle unter der Gesamtüberschrift „Grundeinkommen“ diskutierten Vorschläge sind allerdings gerade vor dem Hintergrund gegenwärtiger gesellschaftspolitischer Verhältnisse kritisch zu beleuchten. Was viele ProponentInnen nicht vermuten ist, dass – bei der Umsetzung spezifischer Modelle – die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ohne weiteres auch als politisches Projekt einer eindeutig neoliberalen Armenfürsorge durchgehen könnte. Bestes Beispiel hierfür sind die Vorschläge einer deutschen Expertengruppe im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung (unter der Beteiligung auch so namhafter

Personen wie Claus Offe), die unter dem Titel einer „Teilhabegesellschaft“ für einen „Neuen Sozialkontrakt mit Zukunftsperspektive“ werben (vgl. Grözinger/Maschke/Offe 2006). Dieser Vorschlag mit linksliberaler Etikette zeigt – gerade auch für den österreichischen Kontext – jene Stolpersteine auf, die es bei einer weiteren Verfolgung bzw. Konkretisierung der Grundeinkommens-Idee jedenfalls zu berücksichtigen gilt.

Die „Teilhabegesellschaft“ als Projekt einer neoliberalen Armenfürsorge

Aufbauend auf Arbeiten der amerikanischen Wissenschaftler Ackerman/Alstott schlägt die Expertengruppe eine „Sozialerbschaft“ im Ausmaß von € 60.000 vor, die jedem Bürger mit dem Erreichen der Volljährigkeit – nach Erfüllung spezifischer Bedingungen – zur Verfügung gestellt wird. Mit diesem „Startkapital“, das nicht an eine Pflicht zur Erwerbsarbeit gekoppelt ist, könnten nach Meinung der Autoren z.B. Ausbildungen finanziert, freiberufliche Tätigkeiten begonnen oder Wohnungseigentum erworben werden. Durch ein derartiges Modell, das auch als vorrangige Absicherung gegen Einkommensarmut dient, ließen sich – so die Analyse – vielfältige „Motivations- und Ermächtigungseffekte“ und insbesondere auch „Aktivierungen“ gerade bei jenen erwarten, „die sich zur Zeit als eher chancenlos empfinden“ (Grözinger/Maschke/Offe 2006: 4). Als Finanzierungsmodell wird für Deutschland eine Reform der Erbschaftssteuer sowie eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer vorgeschlagen. Ein Teil des Finanzbedarfes kann darüber hinaus durch den Verzicht auf jene Leistungen erfolgen, die durch die „Teilhabegesellschaft“

substituiert werden. Explizit und bezogen auf den deutschen Kontext werden von den Experten dabei beispielsweise die Ausbildungsförderung, die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld II sowie das Wohngeld genannt (vgl. Grözinger/Maschke/Offe 2006: 8).

In wesentlichen Aspekten erweist sich der Ansatz der „Teilhabegesellschaft“ durchaus konform zu jenen Ideen, die bislang, z.B. auch vom österreichischen „Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt“ unter der Überschrift: „Bedingungsloses Grundeinkommen“ debattiert wurden (vgl. Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt 2006). Der Vorschlag der „Teilhabegesellschaft“ macht dabei allerdings auch wesensmäßige Grundprobleme von Grundeinkommensmodellen insgesamt deutlich.

So handelt es sich bei jedem Grundeinkommen um eine rein monetäre Leistung, die es zur Sicherung der Lebensbedürfnisse am „freien Markt“ zu verwerten gilt. Unabhängig von der Höhe und damit konkreten „Kaufkraft“ eines Grundeinkommens, wird über eine derartige Leistung das Recht auf soziale Teilhabe monetarisiert – und gleichzeitig auch individualisiert (zur Problematik von Geldleistungen vgl. auch Hammer/Österle 2001). Dies entspricht auch der Meinung der Autoren des Konzepts der „Teilhabegesellschaft“, denn ihr Modell „trägt dem Grundsatz der individuellen Eigenverantwortung Rechnung und genügt zugleich dem Prinzip der Chancengleichheit“ (Grözinger/Maschke/Offe 2006: 3). Soziale Teilhabe kann damit am Markt erkaufte werden – allerdings nur, solange das Geld eben reicht. So sich individuelle Entscheidungen zur Verwertung des Geldes als ver-



fehlt herausstellen, läge der Gewinn an Gerechtigkeit darin, „dass alle mit Beginn des Erwachsenenlebens eine ähnliche Chance hätten, Entscheidungen zu treffen, die sich als ‚richtig‘ bewähren.“ (Grözingler/Maschke/Offe 2006: 3). Verstanden als Beratungsansatz für KlientInnen der Sozialen Arbeit, die nachweislich aufgrund zunehmender sozialer Ungleichheit immer öfter auch in materielle Notsituationen gelangen, ist dieses Verständnis von Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Solidarität schlichtweg zynisch.

Grundeinkommen ja, aber...

Positive Wirkungen kann die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens NUR dann entfalten, wenn es in ein Gesamtkonzept eingebettet ist, das einen Sozialstaat umfassend absichert und ausbaut – und eben nicht im Kern auf die Auszahlung einer Geldleistung reduziert.

Im 2005 vorgestellten „Mindestsicherungs ABC“ der Österreichischen Armutskonferenz (vgl. Österreichische Armutskonferenz 2005) wurde nicht zuletzt auf diesen Aspekt Rücksicht genommen. Neben einer materiellen Mindestsicherung, die womöglich zukünftig nicht nur als „bedarfsorientierte Grundsicherung“, sondern auch als „bedingungsloses Grundeinkommen“ denkbar wäre, sind in diesem Konzept zwei weitere Aspekte unabdingbar: So wird neben einer Verbesserung der Qualität der Arbeitsmarktpolitik auch eine solidarische Versicherung der Lebensrisiken und ein Rechtsanspruch auf soziale und öffentliche Dienstleistungen eingefordert. Der letztgenannte Punkt markiert in seiner Konkretisierung auch das vielfältige Tätigkeitsfeld von Sozialer Arbeit, das gerade in den vergangenen Jahren mit Leistungskürzungen und

Einsparungserfordernissen konfrontiert war.

Das einzige, was man vom deutschen Konzept der „Teilhabegesellschaft“ lernen kann, ist: Ohne das unbedingte Einfordern von umfassenden sozialen Rechten auf öffentliche Dienstleistungen wird das Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen angesichts gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse genau jenen in die Hände spielen, die schon bisher auf eine neoliberale Reform des Sozialstaates gedrängt haben.

Literatur:

Buhr, Petra (2005): Ausgrenzung, Entgrenzung, Aktivierung: Armut und Armutspolitik in Deutschland. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 185-202

Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2002): Aktivierender Staat. Ein neues sozialpolitisches Leitbild und seine Konsequenzen für die soziale Arbeit. In: neue praxis 1/2002, 10-32.

Die Armutskonferenz (Hg.) (2005): Das Mindestsicherungs ABC. Online unter: http://www.armutskonferenz.at/neu/Mindestsicherungs_ABC_0507.pdf

Grözingler, Gerd/Maschke, Michael/Offe, Claus (2006): Die Teilhabegesellschaft. Für einen neuen Sozialkontrakt mit Zukunftsperspektive. Kurzfassung einer Studie im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung. Online unter: www.boell.de/downloads/arbeit/teilhabegesellschaft_kurz.pdf

Hammer, Elisabeth/Österle, August (2001): Neoliberale Gouvernementalität im österreichischen Wohlfahrtsstaat. Von der Reform der Pflegevorsorge 1993 zum Kinderbetreuungsgeld 2002. In: Kurswechsel 4/2001: 60-69

Hammer, Elisabeth (2006): Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Dienste der Standortsicherung – Aspekte einer grundlegenden Transformation. In: Attac (Hg.): Standortwettbewerb. Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Wien: Mandelbaum. 76-95

Netzwerk Grundeinkommen und Sozialer Zusammenhalt (Hg.) (2006): Grundeinkommen als Richtungsforderung. Die ersten Schritte zur Realisierung. Online unter: http://ksoe.at/grundeinkommen/images/GE-Positionspapier_030506.pdf



Mag. DSA Elisabeth Hammer ist Sozialarbeiterin und Ökonomin. Sie lehrt am Studiengang Sozialarbeit und forscht am Kompetenzzentrum für Soziale Arbeit des fh-campus wien. Zusammen mit Josef Bakic, Verena Braunegg und Marc Diebäcker koordiniert sie im Rahmen des EQUAL-Projekts „DONAU – Quality in Inclusion“ das Projekt: „Fachliche Standards in der Sozialarbeit: gestern – heute – morgen“. Infos auf www.sozialarbeit.at

“Wenn ich die nur so wegbekomme ...”

Bettlerdebatten als Spiegelbild des Umgangs mit Armut

Mag. Robert Buggler

Als Inbegriff des Almosenempfängers gelten seit Jahrhunderten Bettler. Menschen also, die sich als letzten Ausweg an den Straßenrand setzen und quasi die Hand aufhalten, in der Hoffnung, Vorbeikommende erbarmen sich ihrer. Und seit Jahrhunderten sind Bettler auch Gegenstand öffentlicher Debatten und Auseinandersetzungen, die nicht zuletzt auch als Spiegelbild gesellschaftlicher Kulturpraktiken bzw. politischer und staatlicher Rahmenbedingungen betrachtet werden können, ja müssen. Es handelt sich also nicht – wie gerade auch in der gegenwärtigen politisch-medialen Darstellung vermittelt – um „einige wenige Bettler aus dem Osten“. Es geht viel mehr um die Verfasstheit unserer Gesellschaft an sich, um unsere Denk- und Handlungsmuster, um unsere Vorurteile und nicht zuletzt auch um unseren Umgang mit Armen an sich. Letzteres soll im folgenden Beitrag untersucht werden: Was hat der Umgang mit Bettlern mit Armut und Armutspolitik in unserer Gesellschaft zu tun, welche Analogien im Umgang mit Bettlern und (sonstigen) Armen lassen sich analysieren, welche historischen Traditionen lassen sich verfolgen? Was sagen also die aktuellen Bettel-Verordnungen, wie z. B. jene in der steirischen Gemeinde Fürstenfeld darüber aus, wie mit Armut bzw. mit Armen in Österreich verfahren wird?

Ein Blick in die Geschichte. Oder: Ein halbes Jahrtausend Bettlerdebatte und nichts Neues

Ein kurzer historischer Rückblick zeigt, dass sich der Umgang mit Bettlern seit dem ausgehenden Mittelalter, also seit ca. mehr als 500 Jahren nicht wesentlich geändert hat. In den Jahrhunderten davor hatten Bettler ihren festen, vor allem durch die Religion bestimmten Platz in der Gesellschaft. Den Armen zu geben war für Wohlhabende und Reiche, also für den Klerus oder das Bürgertum etwas, womit man sich wohlgefällig vor Gott machen konnte. Insofern kann man auch von einer positiven Funktion von Armen für Nicht-Arme sprechen, womit es sich für viele, so zynisch es auch klingen mag, gar nicht schlecht leben ließ. „Die Bettelei konnte sich“, schreibt z. B. Martin Kronauer¹, „in den Städten zu einem etablierten Gewerbe mit eigenständigen Berufsorganisationen entwickeln.“ Zu betteln war sicherlich auch zu damaligen Zeiten keine wünschenswerte Perspektive, aber im Vergleich zu dem, was folgte, vergleichsweise „human“. Soziale und ökonomische Entwicklungen bereiteten diesem Umgang mit Bettelei nämlich ein äußerst unangenehmes Ende.

Beginnende Markt- und Geldwirtschaft, der Aufschwung von Handel und gewerblicher Produktion, Bevölkerungswachstum und eine ökonomisch bedingte umfassende Landflucht der bäuerlichen Bevölkerung führten im ausgehenden Mittelalter vor allem zu stark wachsenden Städten und einer deutlicheren sozialen Differenzierung, steigende Armut und Bettelei waren

die Folge². Drastische Konsequenzen resp. Änderungen im Umgang mit Bettlern und Armen ließen nicht lange auf sich warten. Die bürokratische Regelung des Armenwesens mittels Bettelverordnungen, welche die in früheren Jahrhunderten primär von der Kirche organisierte Almosenvergabe ablöste, Arbeitszwang, der in seinen schlimmsten Formen in so genannten Arbeitshäusern durchgesetzt wurde, Sozialdisziplinierung und der weitgehende Ausschluss von Fremden aus der Almosenvergabe wurde von immer mehr Städten praktiziert. Dem zugrunde gelegt war eine fortschreitende Einteilung in „würdige“ und „unwürdige“ Arme, welche, wenngleich diese Differenzierung bis ins 12. Jahrhundert zurückverfolgt werden kann³, dort ihren geschichtlichen „Siegeszug“ begann. „Eine Neubewertung der Arbeit“, schreibt Martin Reinheimer⁴, „die im Mittelalter Mühsal bedeutet hatte und nun zunehmend als Quelle von Wohlstand und Reichtum angesehen wurde, bewirkte, dass die Ursache von Armut in Müßiggang und mangelndem Arbeitswillen erblickt wurde. Armut schien selbstverschuldet. Sie war in erster Linie ein moralisches Problem; strukturelle oder sozioökonomische Ursachen sah man nicht.“ Wer also selbst schuld an seiner misslichen Lage ist, ist auch einer Hilfe unwürdig. Ob Salzburger Landeshilfe oder Licht ins Dunkel im Jahr 2006 oder auch der Gemeindevorstand, der hin und wieder mal seine Kasse öffnet: Geholfen wird, wer „unverschuldet in Not“ gerät, alle anderen sollen

sehen, wie sie sich selbst – quasi am eigenen Schopf – aus ihrer Lage befreien, im 16. genauso wie im 21. Jahrhundert!

Wie hängen nun gegenwärtige Bettlerdebatten und der Umgang mit Armut zusammen, welche Analogien, welche historischen Kontinuitäten lassen sich analysieren? Insgesamt fünf Aspekte sollen näher beschrieben und beleuchtet werden.

■ Armut im Wohlstand ist versteckte und verdrängte Armut. Politik und Verwaltung beachten das Phänomen genauso zu wenig wie es oftmals Nachbarn vorziehen, mit verarmten Personen nichts mehr zu tun zu haben. Sozialen Abstand nennt dies die Soziologie, umgangssprachlich könnte man formulieren, man will „mit denen da nicht in einen Topf geworfen“ werden. Selbst schuld seien sie eben an ihrer Lage, sollen sie doch auch selbst sehen, wie sie da wieder rauskommen, so die gängige Meinung. Es mag auch eine Überforderung mit der Situation „Armut“ sein, ein Nicht-Wissen, wie mit der Situation umzugehen ist, schlechtes Gewissen, oder schlicht ein Nicht-Helfen-Wollen. Und schließlich versuchen auch die Betroffenen selbst, durch Verdrängen der eigenen Situation „den Schein zu wahren“, auch aus Scham, den sozialen Abstieg nicht wahrhaben wollend, so lange, bis es nicht mehr geht. Die Spitze des Eisbergs, jene sichtbare Armut, die uns dann doch im Alltag begegnet, eben auch in Form von Bettlern, die „verdrängen“ wir dann eben anders. Die Polizei soll das für uns erledigen, dann müssen wir uns nicht mehr ihnen auseinandersetzen, ihnen nicht in die Augen sehen, oder eben nicht wegsehen müssen. Wie wir mit sichtbarer Armut umgehen, ist deshalb ein guter In-

dikator dafür, wie wir als Gesellschaft mit Armut insgesamt umgehen.

■ Auffallend an der Debatte ist vor allem auch, dass sich seit dem Inkrafttreten der ersten Bettelverordnungen im Spätmittelalter bzw. in der frühen Neuzeit im Umgang mit Bettlei eigentlich nicht wirklich viel geändert hat (sieht man von der Zeit des Nationalsozialismus ab, wo man „Asozialen“ und „Arbeitsscheuen“ mittels Gestapo und Konzentrationslager zu Leibe rückte). Liest man jene neuen Verordnungen, z. B. jene aktuell in der Stadt Fürstenfeld und vom Land Steiermark als verfassungskonform (!) bestätigte, so scheint sich lediglich die Sprache, nicht jedoch der Inhalt wesentlich geändert zu haben. Dass in Fürstenfeld zusätzlich „*Betteln in nicht aufdringlicher Weise*“ verboten wurde, hat zwar eine neue Qualität der Strenge, ändert aber nichts an der quasi (spät-)mittelalterlichen Strategie, Armut aus dem öffentlichen Raum mittels Ordnungskräften zu verdrängen. „*Wenn ich die nur so wegbekomme, soll es mir recht sein*“, formuliert dies der Fürstenfelder Bürgermeister in einem Zeitungsinterview auf seine Weise⁵. Nebenbei stellt sich natürlich auch die Frage, ob dann nicht auch die Sternsinger und die Caritas-Haus-sammlerin belangt werden müssen, die doch wohl auch „*in nicht aufdringlicher Weise*“ um Geld bitten. An diese Gruppen dürfte man aber im steirischen Fürstenfeld – und anderswo – wohl kaum gedacht haben, als man die Verordnung erließ.

■ Historisch erscheint auch die Tendenz, Armut bzw. im konkreten Fall Bettler zu kriminalisieren. Seit Jahrhunderten gibt es zahlreiche Versuche, „*Arbeitsweisen betrügeri-*

scher Bettler“⁶ zusammenzustellen, damit sie quasi leichter entlarvt werden können. Wer fühlt sich da nicht an Sozialschmarotzerkampagnen, „Soziale-Hängematten-Diskurse“ oder eben an die aktuelle Diskussionen rund um Bettler, Bandenkönige und organisiertes Bettelunwesen erinnert? Einen konkreten empirischen Nachweis, wer von wo, wie und in welcher Absicht in österreichischen Städten bettelt, blieben all diejenigen bislang schuldig, die selbige Vorwürfe ständig erheben und Maßnahmen einfordern. Vermutungen und politisches Kalkül scheinen hier gewichtiger als die reale Faktenlage zu sein. Es scheint auszureichen, dass sich einige Personen z. B. aus Rumänien einen Bus organisieren um in Westeuropa Geld fürs Überleben zu erbetteln, um als kriminell abgestempelt zu werden! Es scheinen hier dieselben Vorurteile wie bei



act
Jubiläumsveranstaltung
Streetwork 25 Jahre in ÖÖ.

LAND OBERÖSTERREICH
Sozial-Landesrat Josef Ackner

Schloss Puchberg bei Wels
Mi 25 10 2006, ab 09:00

Referate von Franz Josef Krafeld, Hochschule Bremen
Bernard Wandeler, Hochschule für Soziale Arbeit Luzern

Arbeitsgruppen mit Inputs u. a. von
Alexandra Lang-Urban, Streetwork Wien/Bast
Peter Pantucek, FH St. Pölten
Marianne Gumpinger, FH Linz
Franz Allerstorfer, Bürgermeister / Jugendwohlfahrt

Fest mit Urfahrner Aufgeiger - Volksmusik & -tanz

Anmeldung / Infos +43 732 78 59 79

www.streetwork.at

act with respect **Street WORK** MJA

den EmpfängerInnen sozialer Leistungen bestimmend zu sein, wo einige Missbrauchsfälle nicht zu selten zu Pauschalierungen führen. Wer sind diese Menschen tatsächlich? Handelt es sich um moderne Sklaven, die, wie der Salzburger Schriftsteller Karl Markus Gauss in seinem Buch „Die Hundeeser von Svinia“ beschreibt, zum Betteln gezwungen werden, um ihre Schulden abzarbeiten? Haben wir es mit einer Form moderner Arbeitsmigration zu tun, mit Menschen also, die keine andere Chance mehr sehen, als sich in westeuropäischen Städten als Bettler zu verdingen? Oder sind es tatsächlich Kriminelle, die sich – als Bettler gebärdend – uns einfach das Geld aus der Tasche ziehen wollen? Oder von allen etwas? Tatsache ist, wir wissen einfach zu wenig über diese Menschen, um seriöse und den Betroffenen gegenüber würdige Maßnahmen treffen zu können. Sich lediglich auf Aussagen der Exekutive zu verlassen, scheint nicht gerade von sozialpolitischem Fingerspitzengefühl zu zeugen.⁷

■ Soziale Leistungen sind in unserer wohlfahrtsstaatlichen Verfasstheit im Wesentlichen an Gegenleistungen gebunden. Nur wer arbeitet, soll also auch essen, so steht es bereits im Alten Testament. Wer nicht arbeitet, dessen Leistung kann vom AMS oder vom Sozialamt eingeschränkt werden, so steht es in unseren heutigen Gesetzen. Ähnlich verhält es sich auch auf privater Ebene: Werden die drei Euro, die man dem Obdachlosen in den Hut wirft, nicht für „sinnvolle“ Dinge ausgegeben, also z. B. ein warmes Essen, ist man gleich einmal gekränkt. „Die versaufen ja ohnehin alles, warum soll ich denen dann noch etwas geben?“ bekommt man dann zu hören. Wenn ich dir also helfe, hast Du gefälligst zu tun, was

ich von dir erwarte, scheint die Beziehung auf staatlicher wie auf privater Ebene zu bestimmen. Dass sich natürlich Bettler dieser Beziehungskonstellation konsequent verweigern, indem sie sich weder im regionalen sozialen Hilfsgefüge bewegen noch in sonstiger Form „kontrollierbar“ sind, dürfte wohl auch seinen Anteil daran haben, dass man dann eben auf Hilfe gänzlich verzichtet.

■ All die beschriebenen Umstände verdichten sich dann vor allem wieder bei jenen Personen, die nur zu oft im Zentrum politisch motivierter Debatten stehen, nämlich den „Fremden“. Ausländer sind ja auch ansonsten gerne Zielscheibe von Vorurteilen, sie seien diejenigen, die das soziale System ausnützen und zu viele Privilegien genießen. Zum Politikum werden Bettler daher vor allem dann, wenn es um Menschen von außen geht, ausländisch aussehen, unsere Sprache nicht sprechen, uns „fremd“ erscheinen. So wie historisch die ersten Bettelverordnungen auch aufgrund eines starken Zuzugs von „Fremden“ in die damals wachsenden Städte mitbestimmt wurden, so teilen wir auch heute noch ein in „würdige Einheimische“ und „unwürdige Fremde“. Arm und fremd, eine Kombination, die es so gesehen in sich hat. Es gäbe wohl kaum Bettlerdiskussionen in dieser Intensität und Bettelverordnungen in dieser Strenge, würde es sich ausschließlich um „unsere“ Armen handeln, die man ja schon kennt und – je länger man sie kennt – auch schon mal akzeptiert und denen man mit ein bisschen Geld hin und wieder auch mal aushilft. Dass Fremde in Österreich – ob bei der Sozialhilfe, Familienbeihilfe oder Wohnbauförderung – nach wie vor nur eingeschränkte Leistungen zugestanden bekommen, verwundert aus diesem Blickwinkel nicht.

„Wenn ich die nur so wegbekomme, soll es mir recht sein“. Ein Schelm, der denkt, dass diese Aussage wohl auch manchmal für den offiziellen Umgang mit Armen in Österreich gilt?

¹ Vgl. Martin Kronauer: Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Campus Verlag 2002. S. 81

² Vgl. Martin Reinheimer: Arme, Bettler und Vaganten. Überleben in der Not 1450 – 1850. 2000 S. 91.

³ Vgl. Kronauer 2002

⁴ Vgl. Reinheimer 2000

⁵ Laute Debatte um „stilles“ Betteln. In: Der Standard vom 30. 08. 2006.

⁶ Ebd.

⁷ Über die Zusammenhänge zwischen Strafenpolitik und Armut vgl. auch Helga Cremer-Schäfer: Ausschluss und Strafe – Strategien gegen die „Unwilligen“. In: Mut zum Möglichen. Armut ist vermeidbar. Dokumentation der 6. Österreichischen Armutskonferenz. Wien 2006.



Robert Buggler, Mag., geb. 1969. Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Salzburg. Seit 2001 Mitarbeiter der Salzburger Armutskonferenz und seit 2002 des Caritasverbandes Salzburg im Bereich Soziale Arbeit. Plainstraße 83, 5020 Salzburg. buggler@salzburger-armutskonferenz.at.

Psychische Erkrankungen und Berufstätigkeit

Das Unterstützungsangebot der Arbeitsassistenten

DSA Stefan Grasser

Die Bedeutung psychischer Krankheiten hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Jede/r Vierte leidet einmal im Leben an psychischen Problemen wie Depressionen oder Angststörungen. Oft sind dadurch die Arbeitsplätze der Betroffenen gefährdet. Gleichzeitig gestaltet sich der Wiedereinstieg für von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen mit psychischen Problemen immer schwieriger. Die aktuellen Anforderungen der ArbeitgeberInnen nach Flexibilität, Stressresistenz, Überstundenbereitschaft etc. sind häufig der Gegensatz zu jenen Bedingungen, die Betroffene beim Einstieg unterstützen.

Ein Beispiel aus der Praxis: Ein gefährdeter Arbeitsplatz

Frau S. arbeitet schon seit mehreren Jahren als Exportsachbearbeiterin in einem Produktionsbetrieb und wurde dort wegen ihrer Fachkenntnisse und ihrer Einsatzbereitschaft immer sehr geschätzt. In arbeitsintensiven Phasen waren Überstunden für sie selbstverständlich. Ihre Kolleginnen und Kollegen kannten sie als offen und lebenslustig. Firmeninterne Freizeitangebote nahm sie regelmäßig wahr.

Doch plötzlich veränderte sie sich. Frau S. wirkte am Arbeitsplatz lustlos und gereizt, immer wieder schien sie abwesend. Es fiel ihr offensichtlich schwer, Aufgaben termingerecht zu erledigen. Die Kollegen in ihrer Abteilung wunderten sich über ihre Verschlossenheit. Auf die Frage, wie es ihr gehe, antwortete sie auswei-

chend. Immer häufiger kam sie zu spät zur Arbeit oder meldete sich krank. Als ein neues EDV-System installiert wurde, in das sich alle Mitarbeiter einarbeiten mussten, brach sie am Arbeitsplatz in Tränen aus, war kaum mehr ansprechbar und wurde von ihrer Vorgesetzten nach Hause geschickt. Mehrere Wochen lang war sie krank geschrieben. Ihr direkter Vorgesetzter stand vor einem Rätsel. Er wollte seine Mitarbeiterin nur ungern verlieren. Andererseits konnte er sich ihre Veränderung nicht erklären. Zugleich wuchs das Arbeitsaufkommen in der Abteilung. Denn die Kollegen konnten die Aufgaben von Frau S. nur für einen begrenzten Zeitraum übernehmen.

Ein Arbeitsmediziner erzählte dem Vorgesetzten schließlich von dem kostenlosen Beratungsangebot der Arbeitsassistenten. In einem Telefonat gelang es ihm, Frau S. zu überzeugen, dieses Angebot auszuprobieren. Im ersten Gespräch mit der Arbeitsassistentin stellte sich heraus, dass Frau S. an Depressionen leidet. Die Assistentin half ihr bei der Suche nach einem geeigneten Psychotherapeuten und besprach mit dem Arbeitgeber, wie er Frau S. bei der Rückkehr an ihren Arbeitsplatz unterstützen kann. In Absprache mit der Personalabteilung und ihrem Vorgesetzten konnte Frau S. vorübergehend ihre Arbeitsstunden reduzieren und einzelne Aufgaben abgeben. Die Arbeitsassistentin begleitete den Eingliederungsprozess in die Arbeit noch ein paar Monate.

Frau S. blieb dem Arbeitgeber mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung erhalten. Sie nimmt weiterhin therapeutische Hilfe in Anspruch, achtet besser auf ihre Ressourcen und ihr Leistungsvermögen und hat gelernt, mit Vorgesetzten und Kollegen über ihre Probleme zu sprechen. Die Kollegen registrierten sehr aufmerksam, wie sehr sich ihr Arbeitgeber um Frau S. bemühte. Auf das Betriebsklima und das gegenseitige Vertrauen wirkte sich diese Erfahrung sehr positiv aus.

Psychische Erkrankungen werden immer häufiger diagnostiziert

Vor psychischen Erkrankungen ist niemand gefeit. Nach Angaben des



Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen leidet jeder Vierte einmal im Leben an einer psychischen Krankheit. Zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung sind betroffen.

Oft sind es große Lebensveränderungen wie der Tod eines geliebten Menschen, Scheidung oder Konflikte am Arbeitsplatz, die das seelische Gleichgewicht ins Wanken bringen. Manchmal jedoch gibt es keinen offensichtlichen Anlass für den Ausbruch einer psychischen Krankheit. Die Ursachen sind meist komplex – genetische, soziale und physische Faktoren können eine Rolle spielen.

Studien zufolge nimmt die Bedeutung psychischer Krankheiten zu. Auf der Liste der größten internationalen Gesundheitsprobleme lagen Depressionen laut einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) schon im Jahr 2001 auf Platz vier. Bis zum Jahr 2020 werden die depressiven Störungen nach Schätzungen der Organisation zum zweitgrößten Gesundheitsproblem weltweit avancieren. Ledig-

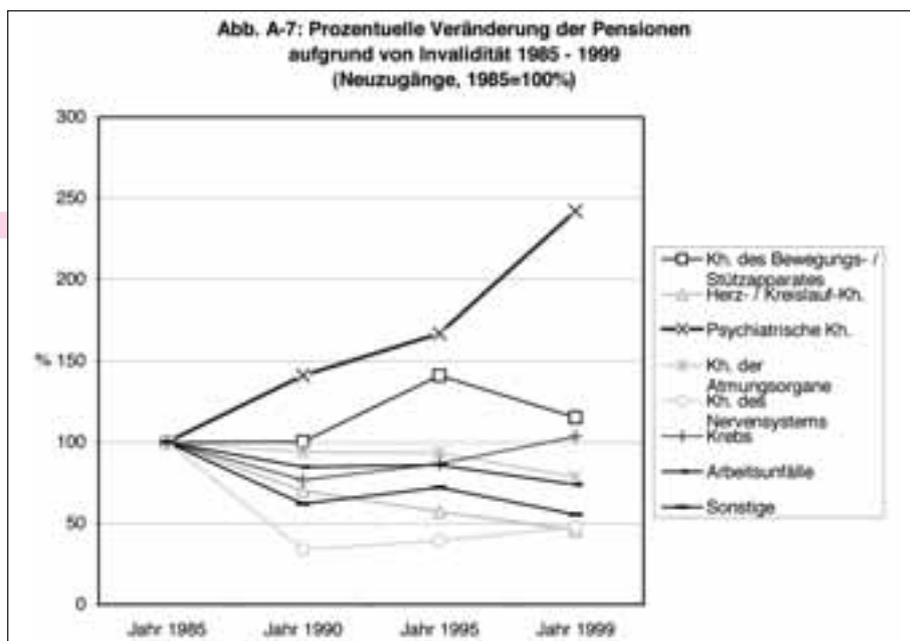


Abbildung 2

Quelle: Österreichischer Psychiatriebericht 2001

gleich Herz-Gefäß-Erkrankungen würden dann eine größere Bedrohung für die Gesundheit der Weltbevölkerung darstellen.

Zwar ist die Zahl der Arbeitsausfalltage zwischen 1990 und 1999 insgesamt leicht zurückgegangen – von 15.161 auf 14.431 je 1000 Beschäftigte. Doch dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sich weniger Menschen

wegen körperlicher Beschwerden oder Arbeitsunfällen krank gemeldet haben. Dagegen stieg die Zahl der Ausfalltage aufgrund psychischer Erkrankungen und Krankheiten des Nervensystems im selben Zeitraum deutlich an – von 307 auf 460 je 1000 Beschäftigte (Abb. 1). Dass sich dieser Trend aktuell weiter fortsetzt, zeigt das Jahrbuch Gesundheitsstatistik aus dem Jahr 2004. Danach hat sich die Zahl der Krankenstandstage je 1000 Beschäftigte zwischen 1999 und 2004 insgesamt von 14.431 auf 12.156 verringert. Gleichzeitig stieg die Zahl der Ausfalltage aufgrund psychischer Erkrankungen von 460 auf 565 je 1000 Beschäftigte an.

Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Blick auf die Entwicklung der Invaliditätspensionen: Zwischen 1985 und 1999 ist die Zahl der jährlichen Neuzugänge insgesamt gesunken. Gleichwohl stieg die Zahl der ÖsterreicherInnen, die aufgrund von psychischen Erkrankungen in Pension gingen (Abbildung 2)

Zwar ist die wachsende Bedeutung psychischer Krankheiten heute gut

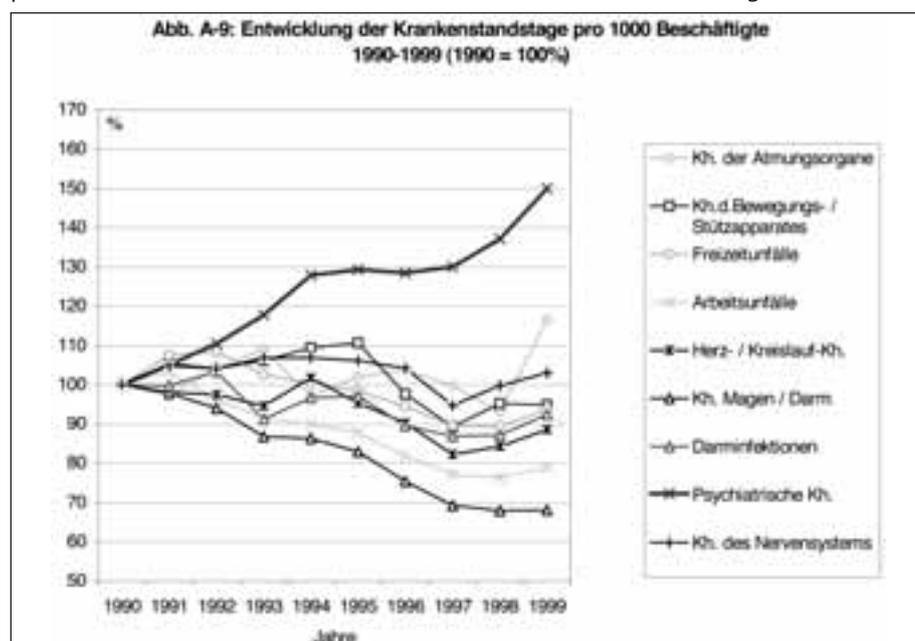


Abbildung 1

Quelle: Österreichischer Psychiatriebericht 2001

dokumentiert. Doch das gesamtgesellschaftliche Wissen über diese Erkrankungen ist nach wie vor gering. Für viele Menschen ist das Thema Angst besetzt. Betroffene sind mit Stigmatisierung und Diskriminierung konfrontiert.

So begeben sich viele depressive Menschen nicht in Behandlung, da sie nicht wissen, dass diese psychische Störung behandelbar ist. Oft haben sie große Angst, ausgegrenzt zu werden oder ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Häufig versuchen sie dann, die Erkrankung geheim zu halten, was zusätzlich Stress erzeugt und die Behandlung erschwert.

Vorgesetzte und Kollegen spüren zwar häufig, dass der oder die Betroffene ein Problem hat, sind aber mit der Situation überfordert. Anlass für ein Gespräch zwischen dem Vorgesetzten und dem erkrankten Mitarbeiter sind üblicherweise die Leistungseinbrüche der vergangenen Zeit. In einem solchen Gespräch mit solch negativen Vorzeichen fällt es den Betroffenen aber meist besonders schwer, ihre gesundheitlichen Probleme anzusprechen. Gelingt es nicht, den Arbeitsplatz zu erhalten, bleibt bei den Betroffenen meist eine große Verunsicherung zurück.

Es ist eine Besonderheit der psychischen Erkrankung, dass die Leistungsfähigkeit häufig nicht eindeutig einzuschätzen ist. Der Verlauf einer psychischen Erkrankung ist so individuell wie der betroffene Mensch. Bei einer körperlichen Erkrankung ist meist gut benennbar, welche Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erkrankung durchführbar sind und welche nicht. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen ist meist ein längerer Prozess nötig, um eine realistische

Selbsteinschätzung zu entwickeln, um erkennen zu lernen, wie individuelle Anzeichen einer Veränderung aussehen und wie Stabilität erhalten werden kann.

Ein Beispiel aus der Praxis: Die Arbeitsplatzsuche

Herr M. ist gelernter Einzelhandelskaufmann. Vor zwei Jahren wurde er gekündigt und war seither arbeitslos. Herr M. leidet an einer Angststörung und Depressionen und ist deshalb in fachärztlicher Behandlung. Seine finanzielle Situation war durch die andauernde Arbeitslosigkeit mittlerweile sehr angespannt, was ihm zusätzlich Druck machte. Er lebte zurückgezogen und hatte nur noch wenig Kontakt zu Freunden und Bekannten. Viele gemeinsame Freizeitaktivitäten konnte er sich auch nicht mehr leisten. Die Vorstellung an einen Wiedereinstieg bereitete ihm große Sorgen und seine diesbezüglichen Aktivitäten waren sehr zögerlich. Durch seine AMS-Beraterin wurde Herr M. auf das Angebot der Arbeitsassistenz aufmerksam. Er ver-

einbarte ein Erstgespräch und in der Folge wöchentliche Beratungstermine. Im Zuge der Beratung lernte Herr M. allmählich über seine Sorgen zu sprechen und sich mit seiner Situation aktiver auseinanderzusetzen. Erste kleine Schritte zur Veränderung wurden von ihm erarbeitet und umgesetzt. Er kontaktierte wieder Freunde, die ihm früher wichtig waren, begann seine Tage mehr zu planen und zu strukturieren und blickte wieder vorsichtig in die Zukunft. Nach einigen Wochen begann er gemeinsam mit der Arbeitsassistenz seine berufliche Situation zu analysieren und die aktuellen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu untersuchen. Er erarbeitete die für ihn passende Bewerbungsstrategie und war nach ein paar Monaten bereit, erstmals wieder einen Kontakt mit einem potenziellen Arbeitgeber aufzunehmen. Zur gesundheitlichen Stabilisierung hatte Herr M. auch mit einer Psychotherapie begonnen.

Nach längerer Suche fand Herr M. einen Arbeitsgeber, der ihm die Möglichkeit gab, ein dreimonatiges Arbeitstraining zu absolvieren, wo-

Für unsere zukünftigen AMS Projekte in Wien und Niederösterreich suchen wir für die Aktivierung und sozialpädagogische Betreuung



TrainerInnen

**vorzugsweise AbsolventInnen des Studiengangs Sozialarbeit
bzw. Sozialakademie**

>> Die exakten Anforderungen finden Sie unter
www.dieberater.com/jobs

>> Schriftliche Bewerbungen (Lebenslauf mit Foto, Dienstzeugnissen/
Tätigkeitsnachweisen) an Mag. Konrad Fankhauser
die Berater®, A-1010 Wien, Wipplingerstraße 32/Top 24-26,
bewerbung@dieberater.com **www.dieberater.com**



bei Herr M. wieder sein Selbstwertgefühl entfalten konnte. Im Zuge dieses Arbeitstrainings lernte der Arbeitgeber Herrn M. als Mitarbeiter schätzen und war in der Folge bereit, ihn mit einer Förderung der Lohnkosten für die Einstiegsmonate zu beschäftigen. Während der ersten Arbeitsmonate nutzte Herr M. nach wie vor das Beratungsangebot der Arbeitsassistentin, um seine Situation am Arbeitsplatz zu besprechen.

Die Anforderungen am Arbeitsmarkt nehmen zu

Menschen mit psychischen Erkrankungen brauchen häufig mehr Zeit, um eine gute Einschätzung ihres eigenen Leistungsvermögens zu erlangen. Demgegenüber stehen gestiegene Anforderungen an MitarbeiterInnen. Nur wenige ArbeitgeberInnen wollen bzw. können sich die Zeit nehmen, MitarbeiterInnen eine Tätigkeit „probieren“ und langsam in einen Aufgabenbereich hineinwachsen zu lassen. Häufige Formulierungen in Stelleninseraten sind neben fachlichen Qualifikationen „Stressresistenz, hohe Leistungsbereitschaft, Flexibilität, Teamfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, etc.“ All das sind Fähigkeiten, die im Zusammenhang mit einer starken Verunsicherung meist reduziert sind. Weiters wurden in den letzten Jahren von großen Unternehmen jene Jobs, bei denen vorwiegend „einfache Tätigkeiten“ zu verrichten waren, wegrationalisiert, aus dem Unternehmen ausge-

lagert oder anderen Jobs als Zusatz beigefügt. Somit ist auch ein Einstieg über einfachere Tätigkeiten schwieriger geworden.

Ein weiteres Problem ist auch bei der Arbeitssuche die Angst vor Stigmatisierung und der damit verbundene verständliche Wunsch nach Geheimhaltung der Erkrankung.

Dadurch stehen Betroffenen häufig vor folgender Situation:

*„Benenne ich meine Krankheit, bekomme ich den Job nicht;
Benenne ich die Krankheit nicht, bekomme ich möglicherweise keine passenden Bedingungen am Arbeitsplatz.“*

Gleichzeitig hat in den letzten Jahren die Aufklärungsarbeit zu psychischen Erkrankungen stark zugenommen und es wurden damit auch Menschen erreicht, die als ArbeitgeberInnen bereit sind, ein Gespräch über das Thema zu führen. Es ist aber für Betroffene oft ein langer Weg, eine tatsächlich passende Arbeitstelle zu finden.

Das Angebot der Arbeitsassistentin

Seit 1992 bietet das Institut zur beruflichen Integration (ibi) eine kostenlose Beratung für Menschen mit psychischen Problemen und Erkrankungen, die auf Arbeitssuche sind oder deren Arbeitsplatz gefährdet ist, sowie deren ArbeitgeberInnen. Das Angebot reicht von einer Kurzberatung bis zum längeren Betreuungsprozess (max. 1 Jahr). Alle

Inhalte werden vertraulich behandelt.

Die Beratung bei der Arbeitssuche umfasst:

- Abklärung von Berufswünschen und beruflichen Fähigkeiten
- Umgang mit psychischen Problemen und Erkrankungen
- Erarbeitung einer individuellen Bewerbungsstrategie
- Begleitung beim Arbeitseinstieg

Die Beratung bei der Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze umfasst:

- Umgang mit der Erkrankung, insbesondere am Arbeitsplatz
- Begleitung bei Veränderungsprozessen
- Konfliktbearbeitung
- Beratung über mögliche Förderungen und Feststellungsbescheide, die den Grad einer Behinderung nachweisen

Das ibi hat zwei Niederlassungen in Wien sowie drei in Niederösterreich. Es beschäftigt 25 MitarbeiterInnen, darunter PsychologInnen, PsychotherapeutInnen und SozialarbeiterInnen. Es ist eine Einrichtung der „Psychosozialen Zentren GmbH“

www.arbeitsassistentin-ibi.at
www.arbeitsassistentin.or.at (mit einer Liste der Arbeitsassistentin-adressen in ganz Österreich)



Stefan Grasser; geb. 1969, Seit 1998 DSA, seit 2001 Mitarbeiter des ibi

ibi Arbeitsassistentin, gefördert vom Bundessozialamt – Landesstelle Wien und Landesstelle Niederösterreich – aus Mitteln der Beschäftigungsoffensive der österreichischen Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen und des Europäischen Sozialfonds, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Wien und dem Land Wien, vertreten durch den Fonds Soziales Wien.



„Wonderful 2“ Obdachlose machen Ferien

DSA Katrin Pollinger

Sich die Sonne auf den Bauch scheinen und den Herrgott einen guten Mann sein lassen: Urlaub, wie wir ihn meinen, ist für obdachlose Menschen nicht möglich. Doch haben grad sie ihn besonders nötig, meint Hubsi Kramar, Wiener Schauspieler und Regisseur und hat sich mit zwei ehemals obdachlosen Männern und Frauen auf eine Reise nach Venedig begeben. Dabei entstanden ist „Wonderful 2“, ein Film, der von Gondelfahrten, dem Leben auf der Straße, der Liebe und der Biennale erzählt. Darüber und was das alles mit der Quantentheorie zu tun hat, erzählt Hubsi Kramar im Gespräch mit Katrin Pollinger.



KP: „Obdachlose machen Ferien“, ist das ein Kunstprojekt, eine Sozialinitiative oder Gesellschaftskritik?

HK: Ich denke, es ist wohl von allem etwas. Einerseits ging es mir darum, Urlaub und Ferien einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Nirgendwo sonst ist die Aufspaltung der kapitalistischen Welt von Arbeit und dem eigentlichen Leben so deutlich spürbar. Zusätzlich gaukelt Tourismus vor, dass man

in einer anderen Welt ist, dort wo es schöner ist, anders ist, dort wo man sich entspannt von der Entfremdung zu sich selbst.

Aber Urlaub hat natürlich auch Positives – Meer, Sonne, Entspannung. Warum soll es das für Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, nicht auch geben? Einmal hinauskommen aus ihrem Dasein, in Bilder eintauchen können. Sie haben ja genauso Sehnsüchte.

KP: Wie sind Sie zu den mitwirkenden obdachlosen Menschen gekommen?

HK: Ich habe schon viel mit sozial ausgegrenzten Menschen gearbeitet, so auch mit den Obdachlosen der Meldemannstraße beim Projekt „Mein Kampf“. Was ich in dieser Arbeit bemerkt habe, war, dass es für viele der damals Mitwirkenden ein starkes, ein wichtiges Erlebnis ist, sich als Mensch zu fühlen, draußen zu stehen, Applaus zu bekommen. Die Theaterarbeit hat ja etwas Therapeutisches.

KP: Tatsächlich? Hat das nicht etwas mit Andy Warhols „15 Minuten des Ruhmes“ zu tun? Ist die Absturzgefahr danach nicht umso größer?

HK: Deswegen bin ich ja weiter gegangen in der Arbeit mit den Obdachlosen. Bei „Mein Kampf“ wurde mir klar, wie gefährlich das sein kann, Leute so kurz ins Rampenlicht zu führen und dann einfach wieder abzuhaufen. Einige von ihnen sind ja auch wirklich hoch talentierte Schauspieler. Was sie haben, das ist gnadenlose Authentizität, etwas, worum sie viele Profischauspieler beneiden würden. Wenn es mir dann noch gelingt, dass meine Mitspieler begreifen, dass das nicht alles ist, dass Ruhm und Applaus genauso Illusion sein kann, und dass vor allem Menschen, die sich dem System anpassen, den großen Applaus kriegen,

dann bin ich mit meiner Arbeit zufrieden.

KP: Bei so intensiver Arbeit entsteht doch sicher sehr viel Nähe. Wie gehen Sie damit um?



HK: Wir mögen uns, wir rufen uns an, wir gehen immer wieder mal miteinander essen. Es gibt eine bestimmte Art von Nähe, die finde ich nicht gefährlich. Das sind die Momente, in denen ich mich als Hubert Kramar auflöse, und ich wieder zu diesem Kind aus der Großfamilie werde, wo wir miteinander spielen. Da, wo man den sicheren Hafen verlässt und etwas Besonderes passiert. Man lacht, man hört einander zu und das Gemeinsame entsteht. Das ist wahrscheinlich eine eigene Kunst, diese Art von Nähe für und mit Menschen herzustellen, damit sie keine Angst haben und solche Momente entstehen können.

KP: Das scheint Ihnen gelingen zu sein, denn im Filme erzählen die vier Mitwirkenden sehr Intimes aus ihrem Leben.

HK: Ich arbeite da unterschwellig. Eine meiner Hauptthesen heißt: Es gibt nichts

Privates. Jede Verletzung hat was mit der Gesellschaft zu tun. Ich finde es jedes Mal sehr bewegend, wenn meine Mitarbeiter plötzlich erfahren, dass die Menschen ganz anders reagieren, wenn man Verletzungen öffentlich macht.

KP: Aber wissen sie auch, worauf sie sich da einlassen?

HP: Ja, sie wissen genau, was sie für die Kamera sagen und was nicht. Wir thematisieren das sehr viel, und wir gehen damit behutsam um. Außerdem sind



Obdachlose ja natürlich sehr unterschiedlich, da gibt es Schauspieler, andere wollen sich verstecken, andere wiederum sind Selbstdarsteller, und so weiter, wie sonst auch. Ich denke, das Erzählen von ihrem Leben, das hat für die vier schon genau gepasst.

KP: Wie war diese Woche in Venedig – Ist das Arbeit für Sie alle? Haben Sie Regeln?

HP: Jein, in erster Linie machen wir Urlaub und fahren gemeinsam dorthin, wo es schön ist, es ein Meer gibt und die Sonne scheint. Aber wir arbeiten auch, und wir unterscheiden das ganz klar, es gibt Freizeit und es gibt Zeiten, in denen wir arbeiten. Gleichzeitig bin ich aber jemand, der sich das Chaos zugesteht. Ein Gesetz der Quantentheorie besagt, dass Ordnung nur durch Chaos möglich ist. Im Konkreten heißt das, dass wir uns

immer um 9 Uhr zum Frühstück treffen, wir immer gemeinsam kochen, und Alkohol nur sehr wenig getrunken wird. Und wenn wir arbeiten, dann gibt es keinen Tropfen.

KP: Wie ist der Umgang untereinander?

HP: Zu einer Gruppe wurden sie leider nie. Sie sind teilweise sehr brutal untereinander, auch mit mir. Schließlich haben alle lernen müssen, alleine durchzukommen. Auch freundlich zu sein, damit sie was erhalten. Das versteh ich ja, aber mir



ist es wichtig, das zu thematisieren, nicht, dass es etwas Schlechtes ist, sondern, dass es ein Ergebnis ist von einer Notwendigkeit im Leben. Wir reden viel drüber. Besonders schwierig haben es die Frauen miteinander, da herrscht so etwas wie eine strenge Hackordnung, leider. Wahrscheinlich, weil sie es insgesamt schwieriger haben, weil es weniger Positionen gibt, der Konkurrenzdruck damit höher ist.

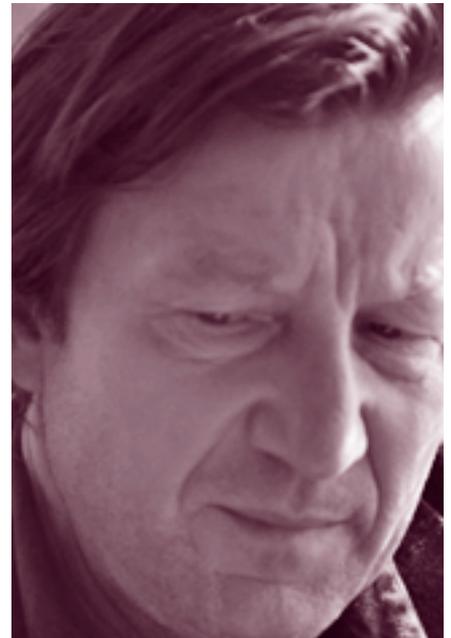
KP: Als politisch aktiver Mensch, der Sie ja auch sind, fordern Sie Urlaub für Obdachlose?

HK: Das ist in der aktuellen politischen Landschaft wohl kaum möglich. Aber was wir bemerkt haben, ist, so ein Urlaub wirkt einfach, da kann man sagen, was man will. Es war spürbar, dass die vier von Stunde zu Stunde leichter wurden,

lichter wurden, dass die Spannung losgelassen hat. Das ist wie bei jedem anderen auch. Es ist ganz anders, wenn man im Garten sitzt, vom Schwimmen kommt; Gespräche sind viel leichter gelaufen als in Wien.

KP: Was interessiert Sie persönlich an der Arbeit mit obdachlosen Menschen?

HK: Ich denke, ich kann viel von ihnen lernen. Fasziniert haben sie mich schon immer. Etwa die Clochards in Paris, mit denen habe ich mich viel herumgetrie-



ben, als ich dort gelebt habe. Aber vielleicht hat es auch damit zu tun, weil ich weiß, dass auch ich selber ein öffentliches Ärgernis darstelle in der Gesellschaft, und ich leicht aus ihr hinausfallen kann. Wir sind alle im großen Bauch des Schiffes. Nur ein paar sind auf Oberdeck. Aber das sind sicher nicht wir.

Text: Katrin Pollinger
Fotos: Eva Simsic

* Hubsi Kramar hat gemeinsam mit der Regisseurin Tina Leisch anlässlich der Schließung der Obdachloseninstitution Meldemannstraße das Theaterstück „Mein Kampf“ rund um den Aufenthalt Adolf Hitlers in der Meldemannstraße inszeniert. Als Mitspieler wurden auch BewohnerInnen der Meldemannstraße engagiert.

Analyse der Ist-Situation, Problemfelder und Entwicklungspotenziale in Österreich

SozialarbeiterInnen: Selbstständig tätig in der Sozialen Arbeit

DSA Klaus Wögerer

Sozialarbeiter/-innen und Selbstständigkeit: Diese zwei Begriffe polarisieren, geben Raum für Diskussionen in unterschiedlichsten Facetten und lösen Erstaunen, aber auch Kopfschütteln aus. Faktum ist jedoch: Österreichweit gibt es Sozialarbeiter/-innen, die Vollzeit, Teilzeit bzw. nebenbei selbstständig tätig sind oder in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Die Arbeitsformen Unselbstständigkeit und Selbstständigkeit werden mittlerweile verstärkt auch in Kombination ausgeübt. Ein massiver Wandel der Beschäftigungsformen hat bereits eingesetzt.

Aufgrund der in der Ausbildung erworbenen Kompetenzen sowie durch Berufspraxis und weitere Aus- und Weiterbildungen können Sozialarbeiter/-innen im Sektor der Sozialen Arbeit

- Behandlungsdienstleistungen (z.B. Psychotherapie),
- Betreuungsdienstleistungen (z.B. Wohngemeinschaft für Jugendliche),
- Beratungsdienstleistungen (z.B. Erziehungsberatung),
- Ausbildungsdienstleistungen (z.B. Seminare) und
- Zulieferdienstleistungen für den Sozialen Sektor anbieten (z.B. Organisationsentwicklung, Supervision), in Form einer selbstständigen Tätigkeit anbieten. Bei reglementierten Tätigkeiten bzw. Berufen, die durch Berufsgesetze geregelt sind, sind jedoch bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen.

Die Diplomarbeit setzt sich mit der

Thematik von selbstständigen Sozialarbeiter/-innen auseinander und gibt Antworten auf die Anzahl dieser. Mittels einer quantitativen Analyse der Berufsgruppe Sozialarbeiter/-innen (Telefoninterviews mit 67 Absolvent/-innen der Sozialarbeiter/-innenausbildung der letzten 15 Jahren) wird es einen österreichweiten Überblick über die Anzahl von selbstständig tätigen Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern geben. Zudem wurden mittels qualitativer Interviews, die inhaltsanalytisch ausgewertet wurden, vertiefend Themen von Selbstständigen, etwaige Problembereiche, aber auch Entwicklungspotenziale diskutiert und Zukunftsszenarien auch im Hinblick auf weitere Forschungen zu diesem Thema aufgezeigt.

Ergebnisse der quantitativen Erhebung bestehender Daten

- Nach einer vagen Schätzung und Hochrechnung sind rund 20 bis 80 DSAs aktiv als Lebens- und Sozialberater/-innen österreichweit selbstständig tätig.
- 228 Sozialarbeiter/-innen sind als Mediatorinnen/Mediatoren in der Mediatorinnen/Mediatorenliste des BMJ eingetragen. Dies entspricht 6% der Gesamtzahl der eingetragenen Mediatorinnen/Mediatoren.
- Zumindest 162 Sozialarbeiter/-innen sind österreichweit als Supervisorinnen/Supervisoren bei der ÖVS als Mitglied eingetragen. Das sind immerhin 15% aller Supervisorinnen/Supervisoren, die Mitglieder der ÖVS sind.
- Rund 200 nebenberuflich selbst-

ständige Sozialarbeiter/-innen (mit der Berufsbezeichnung DSA) sind im Bereich der Unterrichts- bzw. Lehrtätigkeit an den österreichischen Fachhochschulstudiengängen Sozialarbeit bzw. Soziale Arbeit sowie an den vereinzelt bestehenden Akademien für Sozialarbeit tätig.

- Laut einer Studie von Schönbauer sind 8% der atypisch Beschäftigten im Sozialen Sektor tätig. Hochgerechnet mit Zahlen einer WIFO-Studie und der Statistik-Austria ergibt dies 1.777 freie Dienstverträge bzw. Werkverträge im Sektor der Sozialen Arbeit. Festzuhalten ist, dass neben Sozialarbeiter/-innen auch andere Berufsgruppen mit solchen Verträgen in der Sozialen Arbeit tätig sind.

Ergebnisse der quantitativen Forschung

- Grundsätzlich ist festzustellen, dass Sozialarbeiter/-innen nach ihrer Ausbildung in bemerkenswert hohem Maß im Sektor der Sozialen Arbeit
- bereits selbstständig tätig waren,
 - derzeit selbstständig tätig sind bzw.
 - eine selbstständige Tätigkeit planen.
- 36 % der Sozialarbeiter/-innen sind derzeit selbstständig tätig. Das sind nach Hochrechnung immerhin 1.715 Sozialarbeiter/-innen, die die Ausbildung in den letzten 15 Jahren absolviert haben. Eine selbstständige Tätigkeit bzw. einen freien Dienstvertrag haben bzw. hatten bereits 61% der Sozialarbeiter/-innen. Das sind hochgerechnet



2.937 Absolvent/-innen der letzten 15 Jahre. Insgesamt fast drei Viertel (73%) aller Sozialarbeiter/-innen sind mit dem Thema Selbstständigkeit in ihrem Berufsleben in der Vergangenheit, derzeit bzw. in Zukunft konfrontiert! Grundsätzlich gilt: Je länger in der Sozialen Arbeit tätig, desto häufiger auch selbstständig tätig. 42% der Absolventinnen/Absolventen der Jahre 1995 bis 1991 gegenüber 21% der Absolventinnen/Absolventen der Jahre 2005 bis 2001 sind selbstständig tätig. Drei Viertel (75%) der selbstständig tätigen Sozialarbeiter/-innen sind nebenbei selbstständig tätig. Das heißt, dass das Erwerbseinkommen fast gänzlich über das Einkommen einer unselbstständigen Vollzeittätigkeit erzielt wird und die Selbstständigkeit nur einen Zuverdienst darstellt. Ein quantitativer Unterschied bezüglich selbstständiger Tätigkeit von Männern und Frauen, die Sozialarbeiter/-innen sind, konnte nicht festgestellt werden. Der Großteil der ausgeübten selbstständigen Tätigkeiten ist den freien Berufen zuzuordnen. Alleine im Bildungsbereich sind 59% der derzeitigen selbstständigen Sozialarbeiter/-innen tätig. Nur 8% der derzeit selbstständig tätigen Sozialarbeiter/-innen haben spezifische Berufsgesetze zu befolgen (Mediation, Psychotherapie).

Sichtbar wird durch die quantitative Befragung auch, dass selbstständige Tätigkeiten von Sozialarbeiter/-innen spezifische Aus- bzw. Weiterbildungen sowie Berufspraxis voraussetzen. 79% der derzeit selbstständig tätigen befragten Sozialarbeiter/-innen gaben an, zur Ausübung ihrer selbstständigen Tätigkeit eine mehrjährige Berufspraxis zu benötigen, 44% benötigen spezifische Aus- bzw. Weiterbildungen. Von den 3.904 DSAs (Stand 2004), die

laut Studie des OBDS im Sektor der Sozialarbeit unselbstständig tätig sind, üben laut Hochrechnung somit 1.054 Sozialarbeiter/-innen derzeit nebenbei eine selbstständige Tätigkeit aus.

Mögliche Entwicklungsansätze sind

Im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Sozialarbeiter/-innen an Fachhochschulstudiengängen sollen aufgrund dieser Tatsachen m.E. neben der Integration von Seminaren zum Thema Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit in den Studienbetrieb auch Weiterbildungsangebote zu möglichen selbstständigen Feldern (z.B. Mediation, Lebens- und Sozialberatung), die spezifisch für Sozialarbeiter/-innen abgestimmt sind, in berufsbegleitender Form angeboten werden. So werden bereits an den Fachhochschulstudiengängen für Sozialarbeit in Linz und in St. Pölten Lehrveranstaltungen zum Thema "Soziale Arbeit: Selbstständig" vom Autor der Diplomarbeit abgehalten. Ein Überblick der Inhalte und der Ergebnisse ist auf www.klaus-wogerer.at <http://www.xn-klaus-wogerer-bjb.at/> abrufbar (ev. PlugIn für Umlautdomains unter www.idnnow.com <http://www.idnnow.com/>).

Ziel für die Berufsgruppe der Sozialarbeiter/-innen sollte sein, dass eine optimale Anschlussfähigkeit für selbstständige Tätigkeiten im Sektor der Sozialen Arbeit hergestellt bzw. erhalten wird. Eine starke Lobby für Sozialarbeiter/-innen ist von wesentlicher Bedeutung bei der Entwicklung von Leistungsdefinitionen und von Reglementierungen, die kompatibel sind.

Prekären Arbeitsverhältnissen gilt es mittels gesetzlicher Eingriffe entgegenzuwirken. Beispielsweise in Form von Existenzsicherung und Risikominimierung atypisch Be-

schäftigter (z.B. Krankengeld, Arbeitslosengeld), Mindeststandards bezüglich Arbeitsrecht und Mindesthonorar, gesetzlichen Sanktionen für Unternehmen und Organisationen bei der Umgehung von Dienstverhältnissen und mittels langfristiger Förderzusagen bzw. Budgets für NPOs und staatliche Einrichtungen. Zudem sind starre Budgetlinien dafür verantwortlich, dass Werkverträge abgeschlossen werden, die dann den Sachkosten zugeordnet werden können.

Aufgrund unterschiedlicher persönlicher und beruflicher Entwicklungen sind Sozialarbeiter/-innen auch außerhalb der Sozialen Arbeit tätig und somit auch in anderen Berufsgruppen (z.B. Mediatorinnen/Mediatoren) sowie deren Berufs- und Interessenvertretungen zugehörig. Um eine umfassende Thematisierung und Diskussion zu ermöglichen, ist es m.E. nötig, geeignete Strukturen beispielsweise in Form einer Plattform (z.B. „Soziale-Arbeit-Cluster“) zu schaffen.

Weitere Forschungen in diesem Themenbereich sollten m.E. realisiert werden. Beispielsweise Zugangsmöglichkeiten für Selbstständige in der Sozialen Arbeit, atypische Beschäftigungsformen und alternativlos Selbstständige in der Sozialen Arbeit oder Abgrenzungen im Sozialen Sektor (Welche Leistungen werden am freien Markt, welche im intermediären Sektor und welche vom Staat erbracht?). Zudem fehlen quantitative Zahlen von Sozialarbeiter/-innen, die Psychotherapeut/-innen sind bzw. das Gewerbe der Lebens- und Sozialberatung und der Unternehmensberatung angemeldet haben bzw. ausüben.

Die Diplomarbeit ist als CD-Rom (Word- und PDF-Daten) gegen EUR 10.- Kostenersatz erhältlich. Bestellungen per e-Mail (klaus-wogerer@utanet.at) oder per Telefon (0650 800 30 53) werden gerne entgegengenommen.

Vergleichende Soziale Arbeit am Beispiel Frauenhandel

Prof. (FH) Dr. Brigitta Zierer

Zahlreiche ExpertInnen, 56 Studierende und DozentInnen aus 7 Ländern haben im Rahmen eines EU-Hochschul-Projektes vergleichend zum Thema Frauenhandel und Sozialarbeit gearbeitet. Die Ergebnisse darüber liegen nun als Publikation vor.¹

1. Der Nutzen International Vergleichender Sozialer Arbeit

Die Weiterentwicklung der Profession und Disziplin Sozialer Arbeit erfordert u.a. die Erforschung und den überregionalen Vergleich von Fachwissen, theoretischen Modellen, Bezugsquellen, Methoden, Ausbildungsstrategien, Arbeitsfeldern, Werten, ökonomischen, politischen und rechtlichen sowie organisatorischen Rahmenbedingungen. Bislang liegen noch wenige Beispiele derartiger Vergleichsstudien vor.

Internationale Kooperationen am Hochschul- und Praxis-Sektor, die steigende Mobilität von Studierenden, DozentInnen und PraktikerrInnen oder Master-Studiengänge mit europäischem Bezug haben ein neues Bewusstsein für eine internationale Dimension der Sozialen Arbeit geprägt.

Soziale Arbeit als kulturgebundene Profession war hauptsächlich auf Untersuchungen und Aktivitäten im sozialen Feld einer Region oder eines Staates konzentriert. Globalisierungseffekte, die veränderte Rolle des Sozialstaates und die wachsende Bedeutung neuer sozialer Bewegungen erfordern jedoch eine stärkere Auseinandersetzung mit internationalen Fragen.

Vergleichende Studien beschäftigen

sich mit den unterschiedlichen Bedingungen eines Sozialstaates in ihren Auswirkungen auf die Soziale Arbeit: Sie untersuchen die regionalen und nationalen Funktionslogiken eines Sozialstaates, welche sozialen Institutionen wofür zuständig sind und von wem der soziale Diskurs getragen wird.

Die jeweilige soziale Infrastruktur, rechtliche Rahmenbedingungen, das System sozialer Sicherheit und konkrete Hilfsangebote sind dabei ebenso bestimmend für die Soziale Arbeit und ihre Zielgruppen wie kulturelle Bedingtheiten oder die Klassifikation, was als soziales Problem erkannt wird und wann der Anlass zur sozialen Intervention gegeben ist.

Die Beschreibung der Beziehung zu anderen, verwandten Bereichen des Wohlfahrtssektors – z.B. Gesundheits- oder Bildungswesen – ist ebenso Gegenstand von Analysen

und Untersuchungen wie die Darstellung und Nachvollziehbarkeit des Gegenstands, der Aufgabenbereiche und Ziele der Sozialen Arbeit innerhalb eines Staates.

2. Soziale Arbeit: wissenschaftlich fundierte reflexive Profession mit international vergleichender Dimension?

Soziale Arbeit auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene wird u.a. bestimmt durch historische, politische, ökonomische, soziale, kulturelle, ideologische, ökologische, ethische Diskurse sowie durch gesellschaftliche Werte und Rahmenbedingungen.

Soziale Arbeit als wissenschaftlich fundierte reflexive Praxis forscht zur Erkenntnisgewinnung, –erweiterung und Wissenstransformation, um soziale Phänomene zu verstehen und nachvollziehbar zu machen. Dieses Selbstverständnis er-





fordert handlungsleitendes Wissen sowie ein Theorie- und Fall-Verstehen. Zur Erfassung, Beobachtung, Beschreibung und Nachvollziehbarkeit bzw. Interpretation klientischer Wirklichkeit greifen SozialarbeiterInnen auf wissenschaftliche Wissensbestände zurück. Theorien leiten dabei das praktische Handeln nicht an, können jedoch PraktikerInnen in der Wahrnehmung, Einschätzung, Erklärung, Begründung und im Verstehen von sozialen Problemen unterstützen. Wissenschaftlich agierende PraktikerInnen arbeiten systematisch und machen ihr professionelles Handeln unter Bezugnahme auf wissenschaftliche Wissensbestände nachvollziehbar und begründbar.²² SozialarbeiterInnen unterschiedlichster Professionsentwicklungen und -traditionen, geografischer und politischer Kontext-Bedingungen kooperieren darüber hinaus in internationalen Projekten und Netzwerken mit KollegInnen aus anderen Regionen und Staaten und suchen gemeinsam nach adäquaten Lösungen für aktuelle soziale Fragen. Diese Form internationaler cross-border-Kooperation schafft Möglichkeiten, die eigene Praxis zu untersuchen und zu bereichern und länderübergreifend strukturelle Probleme oder Fragen der Professionsentwicklung zu thematisieren – ohne professionelle Konzepte,

Modelle oder Methoden zu kopieren. Eher eignen sich "best practice"-Modelle dazu, das eigene Lösungsrepertoire im Diskurs mit fremden KollegInnen zu erweitern und dabei das Eigene im Fremden besser kennen zu lernen.

3. Soziale Arbeit: Eine junge sich entwickelnde akademische Disziplin mit international vergleichender Dimension?

Die „unendliche Geschichte“ einer Sozialarbeitswissenschaft Österreich wird begleitet von der nach wie vor häufigen Grundposition, dass Soziale Arbeit sich nach wie vor auf traditionelle Leitdisziplinen wie bspw. Anthropologie, Ethnologie, Medizin, Ökonomie, (Sozial-)Pädagogik, Politikwissenschaft, Psychologie, Rechtswissenschaft oder Soziologie bezieht.

Neben anglo-amerikanischen und skandinavischen Ländern haben gerade die postkommunistischen mittel- und osteuropäischen Staaten nach der politischen Transformation 1989 vor Augen geführt, wie rasch sich Soziale Arbeit als akademisch anerkannte Disziplin am Hochschulsektor etabliert hat. Parallel zu nichtuniversitären Kollegs oder Akademien existieren bereits seit einigen Jahren Bachelor-, Masters- und Doktorats-Studienangebote.

Dabei erscheint die Auseinander-

setzung mit den Wurzeln und der mehr als 100-jährigen Professionsgeschichte und hochschulischen Rahmenbedingungen ebenso wichtig wie der Blick auf die konkreten Forschungstraditionen eines Staates. Hinsichtlich einer internationalen Vergleichbarkeit ist es schwierig, aufgrund verschiedener historischer Traditionen und Entwicklungen eine verbindliche gemeinsame Definition oder ein ähnliches Verständnis über Sozialarbeitswissenschaft zu entwickeln.

Die IFSW (International Federation of Social Workers) hat zwar in ihrer mittlerweile 50-jährigen Geschichte einige gemeinsame Standards festgelegt und Positionspapiere entwickelt. Eine gemeinsame Metatheorie müsste aber neben Theorien über soziale Bedarfslagen in unterschiedlichen Staaten auch sozialarbeiterische Strategien, Konzepte, Methoden, Verfahren und Instrumente etc. umfassen. Eine Beschreibung der professionellen Rolle von SozialarbeiterInnen, ihrer Aufgabenbereiche und organisatorischen Rahmenbedingungen sollte ebenso erfolgen wie die Darstellung bzw. Beschreibung methodologischer Dilemmata und ethischer (Grenz-)Fragen.

Sozialarbeitswissenschaft muss aktuelle Forschungsprozesse einleiten und Forschungsergebnisse auch wieder der Praxis zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind systematische Erhebungen und Datenauswertungen auf bilateraler, europäischer und auch internationaler Ebene erforderlich. Nur so lässt sich die besondere Position von Sozialer Arbeit erweitern – als Profession, die als öffentliche Dienstleistung in erster Linie dem eigenen Sozialstaat, d.h. der sozialen Gerechtigkeit und sozialen Sicherheit seiner BewohnerInnen verpflichtet ist. Soziale Arbeit als Profession mit gesellschaftspolitischem Auftrag hat

Zertifikatslehrgang für Gender Kompetenz

Gender Kompetenz, eine hochaktuelle Schlüsselqualifikation in Geschlechterfragen, wird in Zeiten des europaweiten Gender Mainstreaming ein zunehmend wichtiges Kriterium im Kompetenzprofil von MitarbeiterInnen.

3. Durchgang: 5 Module vom 15. November 2006 – 2. Juni 2007

Gender Kompetenz-Training / Gender Analysen und eigene Wirkungsmöglichkeiten in der Praxis / Gender Mainstreaming – Organisations- und Teamentwicklungsprozesse/ Gender & Diversity als Herausforderung für Bildungsplanung und Leitung von Gruppen / Tools – Methoden – Handwerkszeug und Qualitätskriterien

Kosten: 1.700.- USt.frei (excl. 50.- MB)

Information: GenderWerkstätte Graz – 0316 – 71 60 22

Download : www.frauenservice.at & www.maennerberatung.at



ein politisches Mandat sich einzumischen, will sie sich im Falle sozialer Bedarfslagen nicht bloß auf eine reaktive Position zurückziehen.

4. Spezifische Schlüsselfragen jedes Sozial- bzw.

Wohlfahrtsstaates

Jeder Staat funktioniert nach einer eigenen Logik und hat spezifische Schlüsselfragen; er hat sich den Herausforderungen zu stellen, die sich u.a. durch Geschichte, Politik, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen ergeben und sich in der jeweiligen Policy widerspiegeln. Der soziale Sektor wird in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich organisiert; dementsprechend mischt sich der Staat in die unterschiedlichen Lebensbereiche seiner BewohnerInnen unterschiedlich stark ein. Manche Personengruppen (z.B. Kinder) werden meist stärker gefördert als andere (Bsp. Drogenabhängige). Das ist Ergebnis eines sich permanent verändernden gesellschaftlichen und politischen Werte-Diskurses.

Unterschiedlich ist auch das Selbstverständnis der StaatsbürgerInnen in ihrer Erwartungshaltung gegenüber dem Staat als (in-)direktem Anbieter oder Financier sozialer Dienstleistungen. An den Staat werden Hoffnungen nach sozialer Sicherheit, sozialem Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit gerichtet – auch um den Preis sozialer Kontrolle, die realisiert werden soll ohne die persönliche Freiheit der StaatsbürgerInnen einzuschränken. Jeder Staat definiert für sich, inwiefern etwa die Staatsbürgerschaft oder die Ehe „Gate keeper“ für einzelne Sozialleistungen sind und wie dabei zwischen bevorrangten EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörigen unterschieden wird.

Spannend ist es, das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen oder kirchennahen Organisationen, zu

Familien, Wohlfahrtsverbänden, zur Civil Society, zu NGOs, zum Ehrenamtlichen-Sektor, zu sozialen Bewegungen und v.a. zur Sozialen Arbeit in unterschiedlichen Staaten zu untersuchen – d.h., wie sehr ein Staat sich darauf verlässt, dass soziale Leistungen von anderen Personen, gesellschaftlichen Gruppierungen oder NGOs erbracht werden.

5. Die Rolle der Sozialen Arbeit in Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaaten

Die Spezifika eines Sozialstaates sagen viel über die Rolle von SozialarbeiterInnen aus und werfen zahlreiche Fragen auf, die für den internationalen Vergleich herangezogen werden können. Z.B.:

Wie wichtig ist Soziale Arbeit in einem Staat und was lässt sich dieser das kosten? Wie prägen ökonomische Rahmenbedingungen die Soziale Arbeit? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen Möglichkeiten/Behinderungen im beruflichen und politischen Agieren? Wer erteilt SozialarbeiterInnen welche Aufträge (mit welchem ideologischen Hintergrund)? Welche Institutionen beschäftigen SozialarbeiterInnen (warum)? Wer beschäftigt SozialarbeiterInnen (warum)? In welchen Berufsfeldern sind SozialarbeiterInnen (warum) tätig? Welche neuen Zielgruppen und Arbeitsbereiche erschließt die Soziale Arbeit von sich aus? Für welche KlientInnen-Gruppen gibt es – im Vergleich zu anderen Staaten – keine sozialarbeiterischen Hilfsangebote? Welche KlientInnen-Gruppen werden (aus welchem Interesse) positiv diskriminiert? Wie sehen die Lebensentwürfe und -möglichkeiten der häufigsten KlientInnen-Gruppe in einem Staat aus? Welche sind (warum) die häufigst verwendeten sozialarbeiterischen Methoden in einem Land? Welche

Rolle spielt die Sozialarbeit in der (Re-) Mobilisierung des Selbsthilfe-Potenzials von KlientInnen?

Welches Selbstbild haben SozialarbeiterInnen von sich? Wie ist das Image von SozialarbeiterInnen im Vergleich zu Berufsgruppen mit ähnlichem Ausbildungsgrad? Welche Ausbildungsabschlüsse ausländischer KollegInnen werden im eigenen Land (nicht) anerkannt (und warum)? Gibt es einen Mangel an SozialarbeiterInnen am Arbeitsmarkt (und warum)?

Wer sind mögliche Ansprech- und BündnispartnerInnen im Kampf gegen Armut, für soziale und Gender-Gerechtigkeit, Inklusion und zur Umsetzung von Menschenrechten? Welche PionierInnen beeinflusst(en) die Soziale Arbeit eines Staates (in welcher Hinsicht) besonders? Welche Themen sind (warum) politisch tabu für SozialarbeiterInnen und was sind häufige politische Konfliktfelder?

Wer sind (warum) konkurrierende Berufsgruppen im sozialen Feld, und mit welchen Professionen existiert eine gute Kooperation? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen ProfessionistInnen und WissenschaftlerInnen in der Sozialen Arbeit? Wie ist Soziale Arbeit in die hochschulische Landschaft eingebettet? Welche Traditionen aus welchen anderen Staaten prägt(en) die Soziale Arbeit eines Staates besonders?

Wie gestaltet sich das Verhältnis zu engagierten Ehrenamtlichen? Welche Rolle spielen Berufsverbände und Gewerkschaften in der berufsständischen Vertretung? In welchen anderen Gremien und Foren organisieren sich SozialarbeiterInnen?

Warum sucht man Antworten auf neue theoretische oder methodische Wissensbestände v.a. in bestimmten Ländern? Warum funktioniert der fachliche Austausch zwischen manchen Staaten – unab-

hängig von sprachlichen Barrieren – besser als zwischen anderen?

6. Das Dilemma von Vergleichskriterien und vergleichenden Studien

Es wäre zu einfach, Vergleichselemente und -dimensionen miteinander verknüpfen und nach deren Erfassung, Beobachtung, Beschreibung konkrete Schlussfolgerungen zu treffen. Vergleichsstudien haben oft vor Augen geführt, dass unhinterfragt Daten mit verschiedenen Forschungsmethoden erhoben wurden und zu wenig kritisch miteinander in Relation gebracht und interpretiert wurden.

Vergleichende Studien müssen v.a. nachvollziehbar machen: Wie wird der Ausgangspunkt der Vergleichsobjekte definiert? Welche Teildimensionen sind wirklich miteinander vergleichbar? Wie können die gemeinsamen Kriterien in einer Maßtabelle, –skala oder –matrix dargestellt werden? Was bedeutet das konkret für die Praxis?³

Unterschiedliche Prioritäten hinsichtlich Forschungsinteresse oder –schwerpunkt zeigen, dass ForscherInnen stark durch ihr Herkunftsland geprägt sind. D.h. sowohl in Bezug auf das Forschungsdesign als auch bei der Datengewinnung ist – trotz wissenschaftlicher Kriterien und dem Bemühen um eine wertfreie Wissenschaft – damit zu rechnen, dass unterschiedliche Forschungstraditionen aus der Sicht des jeweiligen Herkunftslandes der ForscherInnen deren Forschungsergebnisse und –interpretation beeinflussen.

Unabhängig davon müssen sprachliche und kommunikative Aspekte berücksichtigt werden. Die Sprache als kommunikatives Medium ist sensibel und als solches anfällig für Missverständnisse und Irrtümer. Oft ist man gar nicht imstande, zu erkennen, welche Fragen zu stellen

wären, um derartige Irrtümer in der jeweils kontextbezogenen interkulturellen Kommunikation zu vermeiden.

7. Frauenhandel: globales Phänomen und Thema für Vergleichende Sozialarbeit

Frauenhandel als Form moderner Sklaverei, eine der häufigsten Formen der Gewalt an Migrantinnen und weltweiter Wirtschaftsfaktor wird meist in Verbindung gebracht mit illegaler Migration, organisierter Kriminalität, Prostitution, Gewalt, Drogen und gesundheitlichen Risiken.

Die zunehmende „Feminisierung der Migration im Globalisierungsprozess“⁴ trug u.a. dazu bei, dass Frauen und Kinder die häufigsten Betroffenen von Menschenhandel und Menschenrechtsverletzungen sind. UNIFEM⁵ schätzt, dass jährlich Hunderttausende oder gar Millionen von Frauen und Mädchen als Waren gehandelt werden.⁶ Frauenhandel hat viele Facetten: er umfasst Zwangsarbeit und Ausbeutung in privaten Haushalten und Fabriken ebenso wie z.B. Zwangsprostitution.

Menschenhandel wird begünstigt durch Armut, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, den Zusammenbruch wirtschaftlicher Strukturen sowie politische Transformationsprozesse und Kriege in den jeweiligen Ursprungsländern. Beeinflussende Faktoren sind u.a. restriktive Zuwanderungspolitiken oder eine begünstigende geografische Lage des Ziellandes. Mangelnde Mittel zur polizeilichen Kontrolle oder korrupte Strukturen führen darüber hinaus zu unzureichenden oder fehlenden Kontroll- und Ermittlungsmaßnahmen gegen Frauenhandel.⁷

Menschenhandel umfasst die Anwerbung, den Transport, die Unterbringung oder Entgegennahme von Personen zum Zwecke der Ausbeu-

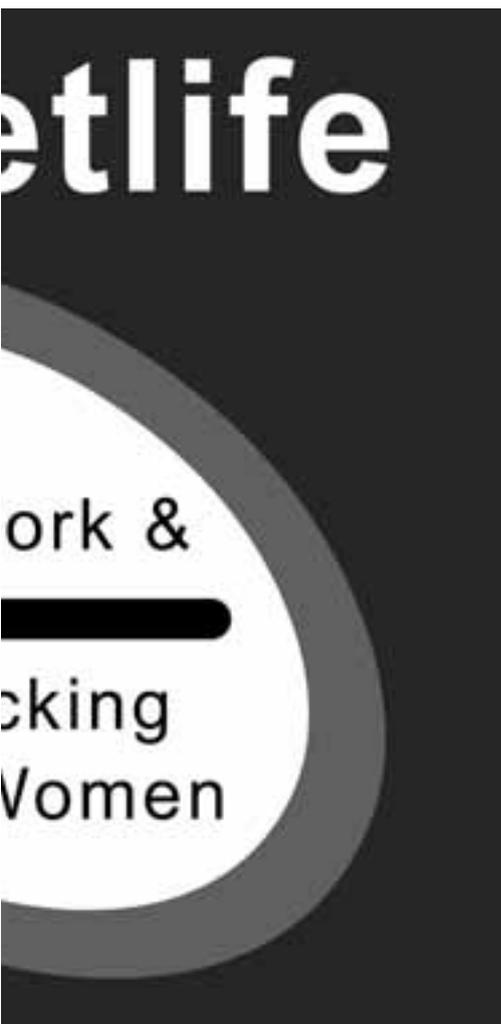
tung – unter dem Einsatz von Zwangsmaßnahmen wie Drohung, Gewaltanwendung, Entführung, Betrug, Täuschung, Machtmissbrauch und Verwundbarkeit des Opfers, Geben oder Empfangen von Geld oder Begünstigungen zur Zustimmung einer Person, die die Kontrolle über eine andere innehat – mittels



Kidnapping, Raub, Verschleppung, Verkauf an Schlepper oder Schenkung durch Eltern.⁸

Der Versuch einer verbindlichen Definition lässt den unterschiedlichen Zugang zum und Umgang mit dem Thema Frauenhandel erkennen. So wird in manchen Ländern von *Betroffenen*, in anderen von *Opfern* des Frauenhandels oder von *gehandelten Frauen* gesprochen. Nicht nur diese Spezifika sind ein Aspekt

vergleichender Sozialer Arbeit. Frauenhandel wird in internationalen Dokumenten und Konventionen⁹ definiert – als Grundlage für nationale Gesetze¹⁰ und Maßnahmen gegen Frauenhandel. Ein Vergleich zeigt jedoch, dass jeder Staat dieses Thema unterschiedlich behandelt – bestimmt durch ideologi-



sche, religiöse und ökonomische Einflüsse und den jeweiligen gesellschaftspolitischen Werte-Diskurs. Frauenhandel wird oft als bloße Variante von Prostitution verstanden – v.a. in Ländern, die Prostitution gesetzlich verbieten (oder dulden) und die deshalb eine Bestrafung aller Sexarbeiterinnen zum Ziel hat. Das erschwert nicht nur Betroffenen den Zugang zu Hilfesystemen, sondern auch die Arbeit

von SozialarbeiterInnen, die oft ohne staatliche Unterstützung andere Bündnispartner und Finanzgeber als den Staat für ihre beruflichen Aktivitäten finden müssen und engagierte Pionierarbeit leisten, um medizinische, rechtliche und psychosoziale Behandlungsangebote zu schaffen. SozialarbeiterInnen benennen darüber hinaus Lücken im Rechts- oder psychosozialen Versorgungsnetz und suchen gemeinsam mit den politisch verantwortlichen Akteuren bzw. mit anderen Professionen nach Lösungen für die tägliche Praxis und liefern wertvolle Informationen als ExpertInnen.

Sie vernetzen sich in internationalen Projekten wie *TAMPEP* (Transnational AIDS/STD Prevention Among Migrant Prostitutes in Europe) und kooperieren mit internationalen Organisationen wie *Terres des Femmes*, *Amnesty for Women*, *Anti-Slavery International* oder *IOM* (*International Organisation for Migration*).

Ausgehend von der Tatsache, ob es sich um Staat *Herkunfts-*, *Transit-* und/oder *Zielland* von Frauenhandel handelt, gestaltet sich die Sozialarbeit mit Betroffenen: In den *Herkunftsländern* umfasst sie z.B. präventive Aufklärungskampagnen auf unterschiedlichen Ebenen oder Unterstützungsangebote im Falle der Rückkehr. Wichtig sind Kooperationen zwischen NGO-Mitarbeiterinnen der Herkunftsländer mit jenen von Transit- bzw. Zielländern von Frauenhandel und internationalen Organisationen (Bsp. IOM). Sozialarbeiterinnen in *Transit-* und *Zielländern* betreiben Telefon-Hotlines und Opferschutzeinrichtungen, initiieren Zeugenschutzprogramme, errichten Anlaufstellen und Schutzwohnungen und organisieren Freierkampagnen, die sich nicht gegen Sexarbeiterinnen richten.¹¹ In manchen Staaten sind frau-

en- und migrantinnenspezifische NGOs bundesweit organisiert;¹² sie verfügen über psychosoziale Beratungsangebote, medizinische und rechtliche Unterstützung oder Qualifizierungskurse.

Häufig erkennen Sozialarbeiterinnen die Notwendigkeit regionaler und internationaler Vernetzungstreffen oder Diskussionsforen, von Sensitivity-Trainings für Professionelle (Bsp. PolizistInnen, GrenzschutzbeamtenInnen) sowie für Medienarbeit, die von weniger Sensationsjournalismus geprägt ist. Globale soziale Phänomene wie Menschenhandel verlangen neue Formen sozialer Aktion sowie internationaler Kooperation.

Literatur:

- Adams, A., Erath, P. and Shardlow, St. (2000) *Fundamentals of Social Work in Selected European Countries*, Russell House: Dorset
- Adams, A., Erath, P. and Shardlow, St. (2001) *Key Themes in European Social Work. Theory, practice, perspectives*, Russell House: Dorset
- Bales, K. (2005) *Understanding Global Slavery*, Berkley-Los Angeles-London:University of California Press
- Homfeldt, H. G. und Brandhorst, K. (Hrsg.) (2004) *International vergleichende Soziale Arbeit. Sozialpolitik-Kooperation-Forschung* (Grundlagen der Sozialen Arbeit, Band 10), Hohengehren:Schneider
- Littlechild, B./Erath, B./Keller, J. (2005) *De- and Reconstruction in European Social Work*, Eichstätt: ISIS (Materialien zur vergleichenden Sozialarbeitswissenschaft Vol. 5)
- Mitrovic, E. (Hrsg.) (2006) *Prostitution und Frauenhandel. Die Rechte von Sexarbeiterinnen stärken! Ausbeutung und Gewalt in Europa bekämpfen*, Hamburg:VSA Verlag



■ Women's Aid Federation Northern Ireland (2006) Crossing Border: preliminary research on human trafficking in Northern Ireland (www.womensaidni.org)

■ Zierer, B. (2006) International Vergleichende Soziale Arbeit in: Sozialmagazin 10/2006, Weinheim: Juventa

¹ Die Publikation Zierer, Brigitta (Editor) (2006) *Social Work and Trafficking in Women (FH Campus Wien, Schriftenreihe Soziale Arbeit Band 2)*, Wien enthält ExpertInnen-Beiträge (EU-Parlament, Stability Pact for South-Eastern-Europe, OSCE, Aussenministerium, Innenministerium, Bundeskriminalamt, International Organization for Migration, International Centre for Migration Policy Development, LEFÖ, Projekt WEST, Projekt SOPHIE) sowie 7 Länder-Beiträge von Studierenden und DozentInnen aus

Deutschland, Litauen, den Niederlanden, Österreich, der Slowakei, Türkei und Ungarn. Das Buch ist Ergebnis des Erasmus/Sokrates-Intensivprogrammes "STREET LIFE: Social Work and Trafficking in Women".

² Vgl. Spiegel von, H. (2004) *Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit*, München-Basel:Reinhardt

³ Vgl. Adams, A., Erath, P. and Shardlow, St. (2001) *Key Themes in European Social Work. Theory, practice, perspectives*, Russell House: Dorset, p 2

⁴ Nuscheler, F. (2004) *Internationale Migration. Flucht und Asyl*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften., (S 39)

⁵ UNIFEM: UN Development Fund for Women

⁶ Vgl. Nuscheler (2004), S 34

⁷ Vgl. Transcrime (2005) *Study on National Legislation on prostitution and the trafficking in women and*

children, Study for the European Parliament (p 134)

⁸ Vgl. UN-Anti Trafficking Protocol (2000) Art. 3 a und 3 b

⁹ Z.B. 1949: UN-Konvention zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution Dritter, 1991: Konvention zur Erleminierung aller Formen der Diskriminierung von Frauen (CEDAW), 1995: Beijing-Deklaration der 4. UN-Weltfrauenkonferenz, 2000: UN-Trafficking Protocol, 2002: EU-Council Framework Deci-

sion on Combating Trafficking in Human Beings, 2002: Brüssel-Deklaration. Im Oktober 2005 publizierte die Europäische Kommission einen Aktionsplan für den Kampf gegen Menschenhandel. Zwei Monate später wurde ein EU-Plan "on best practices, standards and procedures for combating and preventing trafficking in human beings" – ein Plan zur Bekämpfung und Vermeidung aller Formen von Ausbeutung – verabschiedet, in dem die EU die Wichtigkeit des Schutzes der Menschenrechte und des Opferzentrierten Ansatzes anerkennt. Dieser Aktionsplan soll bis Ende 2006 in allen EU-Staaten umgesetzt werden.

¹⁰ Strafgesetze, Fremdenrecht, Prostitutionsgesetze etc.

¹¹ Bsp.: während der heurigen Fußball-WM in Deutschland

¹² Bsp. KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozeß e.v.) in Deutschland



Dr. Brigitta Zierer, Prof. (FH) am FH-Studiengang Sozialarbeit/ Studium für Berufstätige am FH Campus Wien – lehrt u.a. Vgl. Internat. Sozialarbeit, Migration, Theorie, Methoden und Arbeitsfelder der Sozialarbeit; sie hat mehrjährige Erfahrung in der Koordination internationaler Erasmus/Sokrates-Projekte und bilateraler Projekte; Dipl. Sozialarbeiterin, Studium der Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft, Dipl. Supervisorin und Trainerin in freier Praxis; brigitta.zierer@fh-campuswien.ac.at

ÖKSA- Jahreskonferenz

Festtagung zum 50jährigen Bestehen

Montag, 27. November 2006

„Zwischen Vision und Wirklichkeit“ Zukunft des sozialen Zusammenhalts in Europa

9:00 Uhr – 16:30 Uhr
Palais Niederösterreich
1010 Wien, Herrengasse 13

Festakt Wr. Rathaus, Wappensaal

18:00 Uhr- 21:00 Uhr
Präsentation des Filmes:

„Zwischen Vision und Wirklichkeit“ ÖKSA- eine Plattform im Wandel der Zeit

Anmeldung erforderlich:

Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit

E- mail. office@oeksa.at

Tel: 01-548 29 22

Fax: 01-545 01 33



Josef Freise

Interkulturelle Soziale Arbeit

Theoretische Grundlagen - Handlungsansätze - Übungen zum Erwerb interkultureller Kompetenz

2005, Wochenschau Verlag, Schwalbach, 254 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 3-8997 4203-6

Das Buch leistet einen Beitrag zur Förderung der interkulturellen Kompetenz in der Gesellschaft und speziell in sozialen Berufsfeldern. Interkulturelle Kompetenz wird als Schlüsselqualifikation heute nicht nur in der Sozialen Arbeit, sondern auch in der Wirtschaft gefordert.

Wer beruflich mit Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft zu tun hat, braucht nicht nur theoretische und konzeptionelle Kenntnisse, sondern auch persönliche Fähigkeiten im Umgang mit Menschen und gesellschaftlichen Strukturen. Deshalb werden in dem Buch theoretische Inhalte vermittelt, Überlegungen zu Handlungskonzepten vorgestellt und Übungen für ein Methodentraining erläutert. Der Autor ist Professor an der Katholischen FH Köln (Verlag)



Petra Bauer, Ewald Johannes Brunner (Hrsg.)

Elternpädagogik

Von der Elternarbeit zur Erziehungspartnerschaft

2006, Lambertus Verlag, Freiburg, 259 Seiten, 22 Euro, ISBN 3-7841-1607-8

„Elternsein ist heute neben allen positiven Erfahrungen auch von starker Verunsicherung geprägt. Eltern werden von vielen Seiten mit hohen Anforderungen an ihre Erziehungsleistung konfrontiert und sie setzen sich auch selbst unter großen Druck. Vor allem die schulischen und beruflichen Bildungsprozesse ihrer Kinder wollen sie so gut wie möglich planen, wobei sie häufig schnell die Grenzen dieser Planbarkeit erleben. Vor diesem Hintergrund beschäftigen sich in diesem Buch namhafte Autorinnen und Autoren mit verschiedenen Konzepten der pädagogischen Unterstützung und Begleitung von Eltern. Angesprochen werden sowohl grundlegende Fragen wie zum Beispiel die nach dem Sinn einer „Elternpädagogik“ als auch praktische Anwendungsbereiche der Elternarbeit. Die Themen beziehen sich auf klassische Formen der Elternarbeit im Kindergarten, in der Schule und in verschiedenen sozialpädagogischen Betreuungsformen, aber auch auf neuere Konzepte des Elterntrainings und des Elterncoachings.“ (Verlag)

Was ist Erziehung, was elterliche Verantwortung? Welche Bilder dazu haben wir im Kopf? – und inwieweit prägt dies unser Handeln? Welche

Wechselwirkungen gibt es zwischen Gesellschaft und Familie? Befindet sich die Institution Familie wirklich in einem Auflösungsprozess? Verschiedene AutorInnen gehen diesen Fragestellungen nach und versuchen Antworten zu finden. Zusammenhänge zwischen Forschung – Wissenschaft – Politik – und praktischer Elternarbeit werden aufgezeigt und die Notwendigkeit erläutert, darüber Bescheid zu wissen.

Ein interessanter Aspekt ist das Spannungsverhältnis zwischen elterlicher Erziehung (und deren Deutungsmacht) und dem Schutz der Kinder durch die Gesellschaft/durch das Gesetz. Aufgrund des staatlichen Erziehungsauftrages, der theoretisch gleichrangig neben dem der Eltern steht, hat sich praktisch in der Vergangenheit ein Machtgefälle zu Ungunsten der Eltern herausgebildet. Diese strukturellen Diskrepanzen sind in der Arbeit mit Eltern unbedingt zu beachten. Selbst wenn diese Problematik nicht reflektiert wird, so hat sie doch großen Einfluss auf die Interaktion der Beteiligten.

Wo gibt es praktische Anwendungsbereiche der Elternarbeit? Die AutorInnen beschreiben, welchen Stellenwert diese im Bereich von Schule, Kindergarten, bei ambulanten Erziehungshilfen und in der Heimerziehung hat. Dazu wird ein interessantes Stadtteilprojekt in der 100.000 Einwohnerstadt Jena vorgestellt, so wie auch allgemeine Elternbildungs- und Therapieangebote aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet.

Wo sind Stärken und Schwächen der Elternarbeit der einzelnen Bereiche zu finden? Was hat sich als sinnvoll herausgestellt, was könnte verbessert werden – und was ist absolut notwendig?

Welche Unterschiede und welche Gemeinsamkeiten gibt es in der Arbeit mit interessierten Eltern, bei Eltern mit Schwellenängsten – und bei solchen, die sich mehr oder weniger zur „Erziehungspartnerschaft“ gezwungen fühlen?

Verhaltensänderung ist erwiesenermaßen nur möglich in einem Rahmen, in dem sich Eltern in ihrer Elternschaft angenommen fühlen. Die Haltung der professionellen Pädagogen im Umgang mit Eltern ist immens wichtig, um die Voraussetzung für Veränderung zu bieten. „Besserwisserei“ ist nicht sinnvoll. Ratgeber, die nur „optimal und einzig richtige“ Erziehungsrezepte verteilen, können letztlich im Erziehungsalltag nichts nachhaltig bewirken.

Das Anliegen – eine entsprechende, verbesserte pädagogische Arbeit mit Eltern und für Eltern anzuregen – wird gut und verständlich transportiert. Die Beiträge der zahlreichen Autorinnen (diverse Professionen in unterschiedlichen Handlungsfeldern) bringen teilweise Überschneidungen und Wiederholungen mit sich, die aber letztlich die Relevanz mancher Feststellungen und das Anliegen der AutorInnen noch deutlicher machen.

Hinweise:

Schirin Homeier:

Sonnige Traurigtage

Illustriertes Kinderfachbuch für Kinder psychisch kranker Eltern und deren Bezugspersonen

2006, Mabuse Verlag, Frankfurt/Main, 128 Seiten, 19,80 Euro

Bärbel Schön:

Therapie statt Erziehung

Chancen und Probleme der Therapeutisierung pädagogischer Arbeit

2005, VAS Verlag, Frankfurt/Main, 160 Seiten, 14,80 Euro

DVR 0492337



menschenwürde
statt
almosen

int. bundestagung der sozialarbeiterInnen
menschenwürde statt almosen
23. - 25. oktober 2006
velden am wörthersee

information und anmeldung:

Österr. Berufsverband der SozialarbeiterInnen,
Landesgruppe Kärnten

Rilkestraße 14

9020 Klagenfurt

Tel + Fax: +43 463 913617

E-Mail: kaernten@sozialarbeit.at

www.menschenwuerde.at